

Kommunalpolitische Leitlinien 2014 – 2020

„Unser Dortmund stärker machen!“

Inhaltsverzeichnis

Solide Finanzen – starke Verwaltung – leistungsfähige Unternehmen	5
Den Haushalt solide machen	5
Arbeitgeber Dortmund: Modern, attraktiv, beste Leistung für die Bürger	7
Städtische Immobilien	10
Dortmund gut versorgen – kommunale Gesellschaften im Wettbewerb	11
Steuerung und Bündelung der Energie-Beteiligungen	12
Flughafen: Wettbewerbschancen durch maßvolle Entwicklung	14
„Patient“ Klinikum auf gutem Kurs!	15
Verantwortungsvolle Unternehmensführung	16
Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Dortmund stärken	18
Rahmenbedingungen für Unternehmen	18
Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsflächen	19
Einzelne Branchen	22
Produktionswirtschaft	22
Handwerk	23
Gesundheitswirtschaft	23
Einzelhandel	24
Messe- und Veranstaltungsstandort	24
Wissenschaft und Forschung	25
Arbeitsmarktpolitik	26

Stärken stärken: Dortmunds Infrastruktur	29
Straßenverkehr	30
Parklizenzierung	31
Fahrradverkehr	32
Zukunft des ÖPNV	32
Eisenbahn und Hauptbahnhof	34
Überregionaler Schienenverkehr	34
Flughafen	35
Hafen	35
E-Mobilität	35
Nah am Menschen: Politik für unsere Stadtgesellschaft	37
Stadtentwicklung und Stadtumbau	37
Dortmund Stadt der Chancen und sozialen Gerechtigkeit	39
Vorrang für Familien	39
Kinder brauchen unseren Schutz	41
Politik für unsere Jugend	42
Senioren – Lebenserfahrung nutzen, Teilhabe ermöglichen!	43
Menschen mit Behinderung – Zusammenleben auf Augenhöhe!	44
Zuwanderung und Integration	45
Zukunft durch Bildung	48
Bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt	51

Lebenswertes Dortmund	53
Kultur macht Dortmund lebenswert	53
Starker Sport – starke Stadt	57
Umwelt und Energiewende in Dortmund	61
Dortmund – eine sichere und saubere Stadt!	63

Solide Finanzen – starke Verwaltung – leistungsfähige Unternehmen

1 Den Haushalt solide machen

2 Solide Finanzen sind Basis des Erhalts sozialer und kultureller Standards, aktiver Gestaltung
3 und Entwicklung unserer Stadt. Jeder zur Deckung des laufenden Geschäfts durch Kassen-
4 kredite ausgegebene Euro¹ fehlt künftig für Investitionen in wachsende soziale, demogra-
5 phische und kulturelle Aufgaben sowie für den dringenden Erhalt und Modernisierung un-
6 serer Infrastruktur. Haushaltsdefizite dürfen künftig ausschließlich durch Investitionen be-
7 gründet sein, die Dortmund zukunftsfähig machen im Wettbewerb der Städte und Regio-
8 nen.

9 Substanzverzehr und weiter steigende Verschuldung schwächen unsere Stadt, ihre Wirt-
10 schaftskraft, die Zukunftsaussichten der jungen Generation. Die wird die Zeche zahlen
11 müssen! Dortmund hat – anders als behauptet – kein reines Einnahme- sondern vorwiegend
12 ein Ausgabe-Problem!

13 Zurzeit „retten“ den Dortmunder Haushalt externe Einflüsse: Historisch niedrige Zinsen,
14 stabile Konjunktur, hohe Steuerzuflüsse, aktuell und absehbar großzügige Zuweisungen des
15 Bundes, speziell im sozialen Bereich.

16 Das wird nicht so bleiben – eigene „Hausaufgaben“ sind unerlässlich!

17 Wir wollen eine Umkehr der städtischen Finanzpolitik: Mehr Investitionen, durchgreifende
18 Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und –prozesse und die von Bürgern, Verwal-
19 tung und Politik gemeinsam getragene, konsequente Überprüfung aller Ausgaben.

20 Die Beteiligung der Bürger an dem von uns angestoßenen „Bürgerhaushalt“ zeigt: Viele
21 Dortmunder unterstützen dieses Ziel, wollen mithelfen, Dortmunds Finanzen auf solide
22 Grundlagen zu stellen. Dortmund muss auf der Aufwandsseite solider werden.

23 Weitere standortschädliche Steuererhöhungen wollen wir vermeiden.

24 Daueraufgabe von hoher Priorität: Selbstverwaltung und Eigenständigkeit wahren und stär-
25 ken. Wir stehen für solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik. Schuldenpo-
26 litik zu Lasten künftiger Generationen wollen wir nicht!

27

¹ Schulden im Kernhaushalt rd. 2,2 Mrd. Euro; Kassenkredite rd. 1,5 Mrd. Euro; Schulden im „Konzern“
Stadt Dortmund rd. 4 Mrd. Euro

28 Wir meinen:

- 29 ▪ Es muss Ziel sein, bis 2016 den von der CDU geforderten ausgeglichenen Haushalt
30 vorzulegen.
- 31 ▪ Mit Erreichung des ausgeglichenen Haushalts wollen wir beginnen, konsequent
32 Schulden zurückzuzahlen.
- 33 ▪ Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist Dortmund angemessen finanziell auszustatten.
34 Wir fordern die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Notwendig
35 sind die Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des Landes NRW,
36 Fortführung und Ausbau der Mitfinanzierung sozialer Aufgaben durch den Bund.
- 37 ▪ Bei Aufgabenverlagerungen auf die Kommune ist die „Konnexität“ von Aufgaben-
38 und Finanzzuweisung strikt zu beachten: Die Devise: „Wer bestellt, der bezahlt!“
- 39 ▪ Städtische Aufgaben sind laufend zu prüfen, ob sie wichtigen Anliegen der Bürger
40 entsprechen und die gegenwärtigen Standards zur Erfüllung der Aufgaben notwen-
41 dig sind. Wir streben eine auskömmliche und verlässliche finanzielle Ausstattung der
42 Stadtbezirke an. Ziel unserer Betrachtung ist eine zweckgebundene Gesamtzuwei-
43 sung von einem Euro pro Monat pro Bürger ohne Pauschalierungen.
- 44 ▪ Klares Bekenntnis zur Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Wir stehen zu unseren
45 kommunalen Unternehmen und unterstützen die aktive Rolle unserer städtischen
46 Beteiligungen bei der Entwicklung unserer Stadt. Kooperationen untereinander,
47 verstärkte arbeitsteilige Zusammenarbeit mit der „Mutter“ Stadt Dortmund werden
48 wir fördern. Den Ausbau entwicklungsfördernder Kooperationen mit privatwirt-
49 schaftlichen Unternehmen, die sich hier dauerhaft engagieren wollen, begrüßen wir.
- 50 ▪ Zukunftsorientierte Entwicklung erfordert langfristig tragbare Finanzplanung. Inter-
51 kommunale Zusammenarbeit kann finanzielle Entlastung bringen. Durchgreifender
52 Neuaufbau der Verwaltung, konsequente Organisationsentwicklung mit qualifizier-
53 tem Personalkonzept müssen energisch angegangen werden.
- 54 ▪ Ohne Alternative bleiben
 - 55 ○ Verkauf oder Verpachtung nicht mehr benötigter Liegenschaften
 - 56 ○ Ermittlung belastbarer Kosten für Grünpflege und –reinigung aus einer Hand
 - 57 ○ sorgfältige Planung und stetige Risikobewertung wesentlicher Projekte
 - 58 ○ Abbau der eklatanten Steuerungs- und Kontrolldefizite in der Verwaltung

59

60

61 Arbeitgeber Dortmund:

62 Modern, attraktiv, beste Leistung für die Bürger !

63 Eine bürgerorientierte, flexible, kompetente und leistungsfähige Verwaltung ist ein unver-
64 zichtbarer Baustein für die Attraktivität unserer Stadt, für Bürger und Wirtschaft.

65 Kein Kostenblock in erster Linie, sondern Standortfaktor ersten Ranges!

66 Verwaltung und Mitarbeiter stehen angesichts demografischen Wandels, Spardrucks und
67 veränderter Erwartungen der Bürger vor großen Herausforderungen. Unser Ziel: Im Einver-
68 nehmen mit Beschäftigten und Personalvertretung Kunden- und Bürgerfreundlichkeit ver-
69 bessern, Effektivität und Effizienz der Verwaltung steigern. Investition in die Menschen, in
70 zielklare interne Fortbildung soll bei sinkenden Personalzahlen für dauerhafte Zukunfts-
71 und Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter sorgen und optimale Qualität der Dienstleis-
72 tung sicherstellen. Die Dortmunder sollen stolz sein auf ihre Verwaltung, die Mitarbeiter
73 sollen stolz sein auf ihren Einsatz, ihre Leistungen, Anerkennung und Wertschätzung der
74 Stadtgesellschaft genießen können.

75 Wir wollen die Stadt Dortmund zu einem vorbildlich-modernen, attraktiven und wettbe-
76 werbsfähigen Arbeitgeber entwickeln! Umsteuern der Personalpolitik ist dazu notwendig.

77 Wir müssen sparen, aber wir wollen investieren: In die Mitarbeiter, ihre Qualifikation, in
78 Gesundheit, die Qualität der Arbeitsplätze und –prozesse, in Führungsqualität und Unter-
79 nehmens-Kultur des „Konzerns“ Stadt Dortmund – nicht in steigende Beschäftigtenzahlen!

80 Betriebsbedingte Kündigungen bleiben ausgeschlossen. Die Stadt Dortmund bleibt ein si-
81 cherer und verlässlicher Arbeitgeber. Wir wollen diesen Arbeitgeber aber deutlich moder-
82 ner, zukunftsorientiert und im Interesse der Bürger und Mitarbeiter spürbar besser machen!

83 Die wiederholt auch mit breiter Mehrheit anderer Fraktionen bekräftigten Sparbeschlüsse
84 (- 2% Personalaufwand pro Jahr) bleiben in Kraft. Eine für die Beschäftigten sozialverträgli-
85 che und bürgerfreundliche Umsetzung erfordert allerdings kompetentes Umsteuern, plan-
86 volles und abgestimmtes politisches Handeln:

- 87 ▪ Wachsende Aufgaben in Bürgerservice und sozialen Bereichen erfordern Personal.
- 88 ▪ Zunehmende Modernisierung der Verwaltung („E-Government“) macht absehbar
89 Ressourcen frei, andere Arbeitsbereiche auf Sicht hingegen überflüssig.
- 90 ▪ Noch immer fehlt das auch von der Aufsichtsbehörde geforderten Personalentwick-
91 lungs- und Qualifizierungskonzept! Dies wollen wir zügig auf den Weg bringen – in
92 Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Personalvertretung.

- 93 ▪ Kompetente Aufgabenkritik in allen Verwaltungsbereichen ist dafür Voraussetzung.
94 Besonderes Augenmerk liegt dabei neben den „freiwilligen“ auch auf den „hoheitli-
95 chen“ Aufgaben. Neben Produktzielen, Prozessen und Wirkungen sind auch die
96 exakten Anforderungen gesetzlicher Aufträge zu klären. Welche Arbeitsweisen haben
97 ggf. keine gesetzlichen Grundlagen mehr und gründen auf purer Gewohnheit? Er-
98 gebnis muss ein detailliertes Sollprofil für alle kommunalen Leistungen sein. Dies
99 muss mit derzeitiger Aufgabenwahrnehmung verglichen und in einem Verände-
100 rungsprofil zusammengefasst werden. Abzuleiten ist die künftig benötigte Personal-
101 quantität und –qualität. Stellenbeschreibungen für die neuen Aufgabenzuschnitte
102 sind Grundlage einer Personalbedarfsberechnung und eines Personalentwicklungskon-
103 zepts, das insbesondere die Personalqualifizierung festlegt. Intensives Zusam-
104 menwirken von Kämmerei und Personalwesen sowie die enge Einbindung der Per-
105 sonalvertretung sind selbstverständliche Voraussetzung.
- 106 ▪ Die Einführung des wirkungsorientierten Haushalts (WH) bietet Chancen, im Haus-
107 haltsverfahren endlich Vereinbarungen zu konkreten Produktergebnissen und
108 -prozessen zu treffen. Bereitgestellte Ressourcen müssen optimale Wirkung und
109 Dienstleistungsqualität für die Bürger erbringen. Wir verbinden mit der Einführung
110 des WH die Erwartung spürbarer Rückführung der Steuerungsdefizite in der Dort-
111 munder Verwaltung. Steuerung muss verpflichtender, messbarer Bestandteil des
112 Haushalts werden. Wir wollen wissen: „Welche städtischen Leistungen werden wie
113 gebraucht, mit welcher Wirkung sollen diese die strategischen Ziele unserer Stadt
114 unterstützen?“ Dies kann und soll die Verwaltung spürbar modernisieren.
- 115
- 116 Freiwillige Leistungen müssen auf den Prüfstand. Entbehrliches muss abgebaut werden.
117 Besonderes Augenmerk erfordert das aufgeblähte Dezernat 1 des OB und der Bereich der
118 „inneren Verwaltung“. Hier finden sich die höchsten Kostensteigerungen der letzten Jahre!
119 Hochbezahlte „Talentbüros“ oder Ombudsmänner/-frauen für jedes Segment unserer
120 Stadtgesellschaft sind entbehrlich. Kräfte und Mittel fehlen an publikumsintensiven Stellen
121 der Verwaltung!
- 122
- 123 Umfassende, extern unterstützte Organisationsuntersuchung kann dabei unterstützen. Sie
124 muss unmissverständliche personelle Vorgaben / Zielvereinbarungen enthalten, orientiert

- 125 an interkommunalen Vergleichen. Ein ämterscharfer Stellenplan soll ersichtlich machen,
126 mit welcher personellen Ausstattung jedes einzelne Amt arbeitet.
- 127 Zentrales Controlling, bessere interne Sicherungs- und Kontrollsysteme müssen endlich
128 Bargeld-Affären, Unterschlagung in Verwaltungsstellen und Betrugerei (Tiefbau-
129 amt/Wertstoffhandel) zu Lasten der Bürger verhindern. Steuerungs- und Kontrollverluste
130 mit Millionen-Schäden (Jugendamt) kann sich Dortmund nicht leisten! Skandale diskreditie-
131 ren die Verwaltung unberechtigt allgemein und belasten die Motivation der Belegschaft.
- 132 Interne Fortbildung soll bei sinkenden Personalzahlen für die notwendigen Qualitätsstan-
133 dards der Aufgabenerledigung sorgen.
- 134 Kostensparende, Service verbessernde, effektive Zusammenarbeit im „Konzern Stadt Dort-
135 mund“, zwischen Kernverwaltung und Beteiligungsunternehmen, ist deutlich und energisch
136 voranzutreiben Die Einrichtung einer Konzern-Personal-Agentur ist längst überfällig.
- 137 Wir wollen, dass jeder das für die Bürger erledigt, was seine Kernkompetenz darstellt und
138 jeder jeweils am besten kann. Das steigert Leistung, fördert Qualität und spart viel Geld!
- 139 Modernes Gesundheitsmanagement ermöglicht auch älteren Mitarbeitern, bei der Stadt
140 noch effizient, engagiert und erfüllt arbeiten zu können. Wir brauchen Wissen und Erfah-
141 rung älterer Mitarbeiter. Devise moderner Arbeitgeber: „Gemeinsam gesund älter werden“.
- 142 Wir unterstützen engagierte Ausbildungsaktivitäten zur Gewinnung und Heranbildung gut
143 qualifizierter Nachwuchskräfte. Dazu gehört ein ambitioniertes Traineeprogramm.
- 144 Eine sich vielfältiger und „bunter“ entwickelnde Stadtgesellschaft verlangt nach mehr
145 Diversität, höherem Anteil von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung.
146 Bereichernde Vielfalt wollen und fördern wir ausdrücklich. Schematische, diskriminierende
147 Quotierung wollen wir hingegen nicht.
- 148 Personalauswahl und Betrauung mit Personalverantwortung und Führungsaufgaben müs-
149 sen künftig allein nach den Kriterien von Qualifikation, Befähigung und Eignung erfolgen.
- 150 Parteibuchwirtschaft und Filz demotivieren enorm. Wir werden das abschaffen.
- 151 Das bedeutende Aufgabenfeld der Führung, Pflege und Entwicklung unserer Mitarbeiter hat
152 es verdient, von eigenständigem, kompetentem Personaldezernat betreut und entwickelt zu
153 werden. Unser Personal verdient eigenständigen Sitz und Stimme im Verwaltungsvorstand
154 unserer Stadt und einen mit Kompetenzen ausgestatteten Personalausschuss. Mit der von
155 uns geforderten Vorlage eines ausgeglichenen Etats 2016 werden wir die Schaffung eines
156 eigenständigen Personaldezernats wieder energisch angehen.

157 **Städtische Immobilien**

158 Die CDU will die städtischen Büroflächen optimieren. Gebäude, die modernen Anforderun-
159 gen nicht mehr entsprechen, werden wir abgeben und in größeren Einheiten zusammenfas-
160 sen. Nicht genutzte Flächen wollen wir veräußern oder abmieten, nicht mehr benötigtes
161 Grundvermögen veräußern, die Verwaltung in vorhandenen Immobilien zentrieren. Anmie-
162 tung neuer Objekte soll künftig nur stattfinden, wenn belegbare Einsparungen zu erzielen
163 sind.

164

165 Den „Richtungsentscheid“ des Rates zum weiteren Umgang mit städtischen Immobilien

- 166 ▪ Neubau eines Bürogebäudes am Burgtor
- 167 ▪ Vermarktung des bisherigen Gesundheitsamtes und Sozialamtes
- 168 ▪ Ertüchtigung des Jugendamtes am Ostwall

169 werden wir mit hohem Tempo umsetzen. Wir wollen die zügige Nachnutzung der Gebäude
170 „Dortberg-Haus“ (ehemaliges Planungsamt, Leerstand seit 2004), des ehemaligen AOK-
171 Gebäudes am Königswall sowie des Studieninstitutes am Königswall, versehen mit detail-
172 lierter Zeitplanung.

173

174 Die Steuerung städtischer Investitionen muss besser werden mit dem Ziel deutlicher Kos-
175 tensenkung. Brandschutz und bisher vorgehaltene Gebäudestandards sind kritisch zu über-
176 prüfen. Wir wollen eine stärkere Typisierung der Gebäude („Baukastensystem“, Mehrfach-
177 nutzung von Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen etc.). Weitere Effizienz im Hochbau
178 kann durch stärkere Einbindung von „Systemanbietern“ erzielt werden.

179 Durch die rechtzeitige Sanierung von Gebäuden wollen wir Wertverluste vermeiden und
180 zugleich die Attraktivität des Standorts erhalten.

181

182 Die CDU will die städtische Gebäudereinigung wirtschaftlicher machen. Wir wollen die
183 städtische Reinigung künftig mit sukzessiv erhöhtem Anteil an Fremdfirmen durchführen.
184 Vergabe an private Partner ist nachweislich deutlich kostengünstiger. Frei werdende Flä-
185 chen sollen vergeben, frei werdende Stellen im Rahmen der Fluktuation nicht wiederbesetzt
186 werden. Soziale Standards werden bleiben! Wir wollen sozialversicherungspflichtige Be-
187 schäftigungsverhältnisse und tariflich vereinbarte Entlohnung.

188

189

190

191 Dortmund gut versorgen - kommunale Gesellschaften im Wettbewerb

192 Wir bekennen uns zur Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Die jüngste Wirtschaftskrise
193 hat den Wert eines handlungsfähigen Staats und solide aufgestellter öffentlicher Unter-
194 nehmen gezeigt. Die kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe Dortmunds haben sich
195 erfolgreich behauptet. Sie können aber noch deutlich leistungsstärker und preisgünstiger
196 für ihre Kunden, die Dortmunder Bürger arbeiten.

197 Auch künftig können sich Dortmunds Bürger darauf verlassen, dass sie zu vertretbaren Prei-
198 sen mit Wasser, Strom, Gas und Telekommunikationsleistungen etc. versorgt werden. Auch
199 die Versorgung mit medizinischen Angeboten der Spitzenklasse, ausreichendem, bezahlba-
200 rem Wohnraum, zuverlässiger Entsorgung, Betreuung alter Menschen und öffentlichen
201 Verkehrsleistungen werden wir verlässlich sicherstellen.

202 Anwachsende Lasten des Etats durch vorwiegend sozial bedingte Pflichtaufgaben bewirken
203 die steigende Bedeutung von Finanz- und Leistungskraft, Dienstleistungsqualität und Wirt-
204 schaftlichkeit der städtischen Unternehmen. Damit wächst die Bedeutung erfolgreicher
205 Beteiligungspolitik für die Lebensqualität der Bürger in Dortmund.

206 Die Konzerngesellschaft Dortmunder Stadtwerke (DSW₂₁) ist *das* Infrastrukturunternehmen
207 für Dortmund. Mit seinen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften bietet DSW₂₁ bürgerna-
208 he Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Logistik, Entsorgung, Energie und Wasser,
209 Stadt- und Grundstücksentwicklung, Telekommunikation und Datennetze.

210 Wir sind überzeugt: Führung und Steuerung zahlreicher wichtiger Dortmunder Beteiligun-
211 gen im Unternehmensverbund der DSW₂₁ haben sich bewährt. Die Unternehmen haben
212 sich zufriedenstellend oder gut entwickelt. Die Notwendigkeit einer Änderung der bewähr-
213 ten „Holding-Struktur“ sehen wir aktuell nicht. Das gilt auch für die Rechtsform (AG) der
214 DSW₂₁. Wir treten ein für einen deutlich stärkeren Einfluss bürgerschaftlich gewählter Ver-
215 treter auf wesentliche Unternehmensentscheidungen. Das Aktiengesetz schützt DSW₂₁
216 jedoch vor unberechenbar direkter Einflussnahme wechselnder politischer Mehrheiten. Di-
217 rekten politischen Durchgriff auf das operative Geschäft will die CDU ausdrücklich nicht!

218 DSW₂₁ und verbundene Unternehmen erbringen für Dortmund jährlich Leistungen von ca.
219 140 Mio. Euro in den Bereichen Mobilität, Logistik, Kommunikation, Stadtentwicklung, Ent-
220 sorgung, Wasser und Energie. Bei realistisch nüchterner Betrachtung dürfen zusätzliche
221 namhafte Ausschüttungen an den städtischen Haushalt nicht erwartet werden. Grenzen

222 setzen jährliche Verkehrsverluste (ÖPNV und Flughafen) von aktuell rd. 83 Mio. Euro, durch
223 Wettbewerb und Energiewende drastisch einbrechende energiewirtschaftliche Erträge, an-
224 stehende Investitionen in Instandhaltung und Erneuerung von Verkehrsinfrastruktur und
225 Fuhrpark sowie die Erwartung an DSW₂₁, auch weiterhin bei Stadt- und Flächenentwick-
226 lung, Ausbau des Logistikstandorts etc. Kapital einzusetzen und qua Vorfinanzierung ins
227 Risiko zu gehen.

228 Die CDU unterstützt das Vorhaben der DSW₂₁, durch Anpassung der Strukturen, Organisa-
229 tionsentwicklung und durchgreifendes Kostenmanagement („Projekt Zukunft“) Verkehrs-
230 verluste zu reduzieren und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies ist wichtige Vo-
231 raussetzung für den Erfolg bei der 2018 anstehenden Direktvergabe der Verkehrsdienstleis-
232 tungen. Unter der Voraussetzung der Mitwirkung von Beschäftigten und Personalvertre-
233 tung fördern und erwarten wir ein klares Bekenntnis der Stadt Dortmund zu ihrem Ver-
234 kehrs- und Infrastrukturunternehmen!

235 Klar muss sein: Das Verkehrsangebot in Dortmund muss dauerhaft finanzierbar bleiben.
236 ÖPNV-Dienstleistungen und Investitionen müssen so wirtschaftlich wie möglich erbracht
237 werden. Unmittelbare Belastungen des Dortmunder Etats bleiben ausgeschlossen. Erneue-
238 rung und Unterhaltung von Fahrzeugbestand und Infrastruktur werden bis 2030 rd. 2,3
239 Mrd. Euro benötigen – in der Spitze bis zu 150 Mio. Euro jährlich! Der Nahverkehrsplan
240 Dortmund muss dies im Blick haben. Haltestellen und Liniennetz sind dem Bedarf entspre-
241 chend weiterzuentwickeln – die Auslastung der Angebote ist regelmäßig zu überprüfen, die
242 Betriebsleistung ist entsprechend dem Bedarf anzupassen!

243 Bund und Land sind gefordert, eine dauerhaft verlässliche, auskömmliche Finanzierungsba-
244 sis für den ÖPNV sicherzustellen. Nur so kann der ÖPNV seine Attraktivität wahren und
245 einen spürbaren Beitrag leisten zur Lösung Dortmunder Verkehrs- und Umweltthemen.

246

247 **Steuerung und Bündelung der Energie-Beteiligungen**

248 Die Kommunalwirtschaft in Dortmund ist mit namhaften Beteiligungen an RWE, STEAG,
249 GELSENWASSER und DEW₂₁ in hohem Maße konzentriert auf den Energiesektor. Dies ver-
250 sprach in der Vergangenheit erhebliche Chancen, es birgt in der Zukunft erhebliche Risi-
251 ken! Stabile Erträge konnten über lange Zeit Verkehrsverluste kompensieren, Projekte der
252 Stadtentwicklung und Infrastruktur-Investitionen (vor)finanzieren. Die Konzentration auf die
253 Energiebranche ist zum überwiegenden Teil fremdfinanziert. Entsprechend hängt die finan-

254 zielle Lage der DSW₂₁ in hohem Maße von der derzeit nicht absehbaren Entwicklung der
255 Energiebranche ab. Ein kurzfristiger Abbau von Vermögensanteilen an RWE und STEAG ist
256 z.Zt. angesichts der Branchensituation nicht sinnvoll. Aufgrund avisierte Korrekturen an
257 der Energiewende besteht die Chance, dass sich die defizitäre Lage an den Strommärkten
258 absehbar verbessert. Damit werden sich die Marktbewertungen der Energieversorger wie-
259 der erhöhen. Das wäre der Zeitpunkt, vorsichtig marktschonenden Abbau der Risiken durch
260 Verkäufe zu erwägen. Mit den Erlösen können Schulden der Stadt, der Stadtwerke reduziert
261 und eine Verringerung des erheblichen Zinsänderungsrisikos erreicht werden.

262 Mittelfristig sieht die CDU DSW₂₁ in der Verantwortung, gemäß gutachterlich belegter Äu-
263 ßerungen zur Zukunft der DEW₂₁ ab 2014, die energiewirtschaftlichen Beteiligungen Dort-
264 munds energisch und konsequent zu ordnen, ihre strategische Aufstellung zu sortieren
265 (STEAG: international und national; RWE: national; GELSENWASSER: regional; DEW₂₁: lo-
266 kal). Eine gesonderte Energie-Holding braucht Dortmund dazu nicht. Erforderlich sind:
267 Mehr Kooperation, mehr Hebung von Synergien, ein Mehr an Vernetzung der Kompetenzen
268 der Dortmunder Energie-Beteiligungen!

269 Die Zukunft der DEW₂₁ für den Zeitraum 2014 ff. wird noch in diesem Jahr entschieden.
270 Der Rat der Stadt hat mehrheitlich beschlossen: Kreditfinanzierten, millionenschweren An-
271 teilkauf zwecks „Rekommunalisierung“ der DEW₂₁ wird es nicht geben. Dortmund hat bei
272 DEW₂₁ mit 53% Anteil längst das „Sagen“. Wir favorisieren die Fortführung der Partner-
273 schaft mit RWE. Wir erwarten: Dortmund muss mit derzeit rd. 2.800 Arbeitsplätzen dauer-
274 haft zweitgrößter RWE-Standort in NRW bleiben – mit Sitz von Führungs- und Regionalge-
275 sellschaften, mit „Schreibtischen“ und Entscheidungskompetenz!

276 Wir fordern: RWE soll in die Partnerschaft mit DEW₂₁ investieren: Seine erhebliche be-
277 triebswirtschaftliche und juristische Kompetenz in Fragen der Regulierung des Energie-
278 markts, seine Expertise im Energiehandel sowie in Service und Betrieb der Energienetze.
279 Unter diesen Bedingungen ergibt die Fortsetzung der Partnerschaft mit RWE Sinn und dient
280 der Entwicklung unseres örtlichen Wasser- und Energieversorgers. Wir stehen zu unserem
281 Dortmunder Energie- und Wasserversorger – jeder Dortmunder „Lokalpatriot“ wird das
282 ähnlich sehen! Wir wollen und werden DEW₂₁ in seiner Rolle als unser Mehrspartenunter-
283 nehmen mit örtlicher Nähe, gutem Kundenservice und anerkannter Fachkompetenz fördern
284 und stärken! Wir unterstützen das „DEW-Exzellenz-Programm“ (140 Maßnahmen erbringen
285 rd. 25 Mio. Euro Ersparnis pro Jahr), das Bemühen, durch effizientere Strukturen und Pro-

286 zesse den bemerkenswert guten Rang unter den ersten 5 Stadtwerken zu behaupten und
287 auszubauen. DEW21 erbringt überdurchschnittlich gute Ergebnisse, die Ertragskraft ist gut.
288 Wir meinen: Die Konstruktion der DEW21 ist zukunftsfähig und verlässlich für Dortmund.
289 Das Unternehmen agiert schon jetzt erfolgreich als Schrittmacher lokaler Energieeffizienz
290 und dezentraler Lösungen. DEW21 ist verlässlicher Partner der lokalen Energiewende. Kei-
291 nem anderen Stadtwerk ist vergleichbar der kurzfristige, umfassende Aufstieg zum Betrei-
292 ber regenerativer Anlagen gelungen. Politische „Nachsteuerung“ ist nicht erforderlich!
293 DEW21 zählt zu den führenden lokalen Windstromerzeugern in Deutschland. Alle DEW21-
294 Windräder erzeugen rd. 137 Mio. Kwh Strom. Das entspricht dem Verbrauch von rd. 20 %
295 der Dortmunder Haushalte. Das ambitionierte Ziel, bis 2020 den Anteil regenerativer Ener-
296 gien aus eigenen Anlagen auf mindestens 25 % zu steigern, sollte nicht allein DEW21 aufer-
297 legt werden. Angesichts erforderlicher Investitionen von rd. 200 Mio. Euro muss der gesam-
298 te Konzern einen Beitrag leisten, das ist Gemeinschaftsaufgabe!

299 Wir sehen die Zukunft der DEW21 in der Rolle als unser Dortmunder Energie- und Wasser-
300 versorgungsunternehmen. Expansion in der Region unterstützen wir, soweit dadurch be-
301 legbar bedeutende Ergebnisbeiträge zu erwirtschaften sind.

302

303 **Flughafen: Wettbewerbschancen durch maßvolle Entwicklung**

304 Der Flughafen bleibt wichtiger Faktor der Verkehrsinfrastruktur des Oberzentrums Dort-
305 mund. Er dient Wirtschaft und Privatreisenden. Er sichert mittel- und unmittelbar Arbeits-
306 plätze in Dortmund. Die CDU unterstützt den Flughafen in seinem Ziel, Wettbewerbsfähig-
307 keit und Wirtschaftlichkeit im dezentral aufgestellten Luftverkehrsmarkt zu erhalten und
308 möglichst zu verbessern. Dies muss allerdings wirtschaftlich darstellbar sein und im Ein-
309 klang stehen mit den berechtigten Interessen der durch Fluglärm betroffenen Anlieger. Den
310 Interessenausgleich mit den Bürgerinitiativen im Umfeld des Airports streben wir an.

311 Wir unterstützen die angestrebte maßvolle Erweiterung der Betriebszeiten und die weitere
312 Entwicklung des Flughafens zum „Öko-Airport“. Den Wunsch des Flughafens zur baulichen
313 Erweiterung der Start- und Landebahn lehnen wir ab.

314 Die Wirtschaftlichkeit dieser Investition ist nicht erwiesen und wird der Akzeptanz des Air-
315 ports in unserer Stadtgesellschaft eher schaden. Eine moderate Erweiterung der Verspä-
316 tungsregelung bis 23.30 Uhr tragen wir aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit mit.

317 Die Lärmbelastung der in den An- und Abflugstrecken liegenden Stadtteile ist auf ein Min-
318 destmaß zu reduzieren. Wir bestehen auf dem Erhalt des Nachtflugverbotes zwischen 23.00

319 und 6.00 Uhr sowie einer konsequenten Weiterentwicklung aller flugbetrieblichen Maß-
320 nahmen zur Lärmreduzierung. Gleichzeitig soll der schon jetzt als „Öko-Flughafen“ geführte
321 Betrieb auf diesem Sektor den ersten Rang aller NRW-Flughäfen erreichen. Die technischen
322 Voraussetzungen sind in Dortmund bereits gegeben.

323 Bestrebungen der Landesregierung NRW, bislang autonom in Dortmund zu bestimmende
324 Entwicklungsmöglichkeiten durch Rückstufung unseres Flughafens vom „landesbedeutsa-
325 men“ zum lediglich „regionalbedeutsamen“ Flughafen zu erschweren, treten wir entgegen.
326 Unsere Zukunftsthemen wollen wir selbst entscheiden – ohne interessengeleitete Einfluss-
327 nahme von Wettbewerbern.

328 Der Flughafen belastet aufgrund seiner unzulänglichen Finanzierungsstruktur in deutlich zu
329 hohem Maße die Finanzen von Stadt und DSW₂₁. Die Gesellschaftsstruktur ist zu überarbei-
330 ten und anzupassen. Die Aufspaltung in eine vermögenshaltende und eine operative Ge-
331 sellschaft ist ein Weg. Sie schafft Klarheit über finanzielle Strukturen, insbesondere die Er-
332 tragslage aus laufendem Betrieb. An der operativen Gesellschaft ist eine wesentliche Betei-
333 ligung privater Dritter aufzunehmen. Deren Ertrag ist zur Rückführung der Kreditfinanzie-
334 rung bei der vermögenshaltenden Gesellschaft in gleicher Höhe zu verwenden.

335

336 **„Patient“ Klinikum Dortmund auf gutem Kurs !**

337 Die CDU bekennt sich zum Klinikum Dortmund als Maximalversorger in kommunaler Trä-
338 gerschaft. Jährlich rd. 60.000 stationäre Patienten und 150.000 ambulante Kontakte in na-
339 hezu allen medizinischen Disziplinen sowie Platz 40 von 1800 Krankenhäusern der „Focus“-
340 Liste belegen Qualität und Rang unserer Kliniken. Wir wollen das Leistungsangebot auf
341 neuestem Stand medizinischen Wissens und medizinischer Technik erhalten. Die Weiter-
342 entwicklung des medizinischen Angebots und weitere Investitionen erfordern Planungssi-
343 cherheit, verlässliches Engagement (Kredite und Bürgschaften) der Stadt Dortmund. Die
344 CDU wird dies mittragen.

345 Voraussetzung: Die neu installierte Geschäftsführung erhält politisch und betriebsintern
346 die erforderliche Unterstützung für den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung. Einspa-
347 rungen im Bereich der Verwaltung scheinen vordringlich, Reduktionen im Bereich patien-
348 tennaher Dienstleistungen (Pflege, ärztliche Versorgung) erfordern Augenmaß.

349 Bauliche Verbesserungen (Unfallchirurgie) sind wünschenswert. Investitionen von 80-100
350 Mio. Euro (OP Nord, Geriatrie, Kinderzentrum etc.) sind aus Betriebsergebnissen bei nied-
351 riger Eigenkapitalausstattung kaum finanzierbar. Bei unabweisbarem Kapitalbedarf schlie-

352 ßen wir die Notwendigkeit einer Beteiligung privater Geldgeber nicht aus. Für die wirt-
353 schaftlich erfolgreiche Zukunft unseres Klinikums und die Fortsetzung des eingeschlage-
354 nen Sanierungskurses sehen wir einige Voraussetzungen:

- 355 • Konsequente Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen
- 356 • Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Nutzung der Rahmentarifvereinbarungen)
- 357 • Deutliche Verbesserung innerbetrieblicher Fortbildung
- 358 • Deutliche Verbesserung der Hilfen des Landes NRW zur Krankenhausfinanzierung -
359 speziell bei der Finanzierung unabweisbarer Bauinvestitionen.

360 Erfolgskritisch ist das Vertrauen der Dortmunder Politik in Kompetenz und Erfolg der Ar-
361 beit der neuen Geschäftsführung sowie die aktive Mitwirkung von Personalvertretung und
362 Beschäftigten an einem zukunftsichernden Kurs des Klinikums. Verzicht auf Aktionismus,
363 unternehmensschädlich-politische Aktivitäten und die Bereitschaft der Stadt, eine verlässli-
364 che, an Effizienzsteigerung und messbaren wirtschaftlichen Erfolgskriterien orientierter
365 Finanzierung sind sicherzustellen. Die grundsätzliche Bereitschaft, bei Bedarf privatwirt-
366 schaftliche Kenntnisse und Finanzkraft unterstützend heranzuziehen, erwarten wir.

367

368 **Verantwortungsvolle Unternehmensführung**

369 2012 hat der Rat Standards für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung der städti-
370 schen Unternehmen beschlossen. Sie dienen dazu, Transparenz und Effizienz im „Konzern
371 Stadt Dortmund“ zu verbessern. Der Kodex verfolgt diese Ziele:

- 372 • Aufstellen von Regeln und Standards des Zusammenwirkens aller Beteiligten (Rat,
373 Beteiligungsverwaltung, kommunale Unternehmen)
- 374 • Förderung effizienter Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat
- 375 • Verbesserung des Informationsflusses zwischen Verwaltung und kommunalen Un-
376 ternehmen
- 377 • Ausrichtung am Gemeinwohl durch verbesserte Transparenz und Steuerung
- 378 • Erhöhen des Vertrauens der Bürger in Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

379 Die CDU hat Diskussion und Entwicklung des Kodex maßgeblich geprägt und will erreichen,
380 dass der Einfluss bürgerschaftlich gewählter Mitglieder in den Organen der städtischen Ge-
381 sellschaften gestärkt wird. Die Praxis, dass der OB oder seine Vertreter wichtige Entschei-
382 dungen quasi im Alleingang beschließen, wollen wir durch stärkere Mitwirkung bürger-
383 schaftlicher Vertreter in den Organen korrigieren. Dies gewährleistet verantwortliche, de-

- 384** demokratisch legitimierte und transparente Führung der Unternehmen der Dortmunder Bürger.
- 385** Die Dortmunder Unternehmen gehören der Dortmunder Bürgerschaft. Wichtige Unternehmensentscheidungen sollen künftig wieder von bürgerschaftlich gewählten, legitimierten Vertretern getroffen werden!
- 387**
- 388**

389 **Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Dortmund stärken**

390

391 **Rahmenbedingungen für Unternehmen:**

392 Dortmund, mit seinen ca. 580.000 Einwohnern, hat sich in den letzten Jahren immer mehr
393 zur wichtigsten Drehscheibe im Osten der Millionen-Metropole Ruhrgebiet entwickelt.
394 In Zeiten zunehmender Globalisierung und damit einhergehendem Wettbewerb um Pro-
395 dukte, Märkte und Fachkräfte ist es eine Daueraufgabe, Dortmund als Wirtschafts- und
396 Wissenschaftsstandort gut zu positionieren. Die CDU Dortmund hat sich konstruktiv und
397 intensiv daran beteiligt, dass Dortmund sich im andauernden Strukturwandel zu einem in-
398 novativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort entwickeln konnte. Auch zukünftig gilt
399 es sowohl für die Wirtschaft als auch für die Wissenschaft Rahmenbedingungen zu schaffen,
400 die eine positive Entwicklung von Ökonomie, Wissenstransfer und Ökologie gewährleisten.

401 Wir wollen die Potenziale, die Dortmund z.B. mit seinen vorhandenen internationalen
402 Markt – und Branchenführern oder Spezialanbietern und seinen sechs Hochschulen und
403 bekannten Forschungsinstituten am Standort besitzt, weiter fördern, damit notwendige und
404 dauerhafte wirtschaftliche Impulse ausgelöst werden. Wir wollen aber auch eine verantwor-
405 tungsvolle Standortpolitik z.B. für die Kernbranchen Handwerk, Logistik, Gesundheitswirt-
406 schaft oder die Produktionswirtschaft gestalten, die bedeutende Arbeitgeber in Dortmund
407 darstellen. Ebenso gilt es, dem Einzelhandel verlässliche und attraktive Rahmenbedingun-
408 gen zu geben, damit Dortmund seinen Ruf als einer der stärksten Einzelhandelsstandorte
409 Deutschlands ausbauen kann.

410 Eine moderne Wirtschaftspolitik ist daher heute untrennbar verbunden mit einer attrakti-
411 ven Stadtentwicklung. Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte gilt es neben qualifizier-
412 ten Arbeitsplätzen auch moderne Wohnquartiere, attraktive Schulen und eine intakte Infra-
413 struktur vorzuhalten, damit Dortmund vom Zuzug und dem Verbleib qualifizierter Men-
414 schen profitiert.

415 Aus unserer Sicht müssen sich die Anstrengungen der Stadt sowohl auf die Zukunftsbran-
416 chen und Kernbranchen als auch auf die Bestandsentwicklung und Neuansiedlungen kon-
417 zentrieren. Die noch stärkere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft ist dabei von
418 entscheidender Bedeutung, damit Beschäftigung und Ausbildung nicht nur gesichert sind,
419 sondern wachsen können.

420 Es ist auch unerlässlich, dass sich die Rahmenbedingungen, die die Stadt selber schaffen
421 kann, nicht weiter verschlechtern. Die CDU hat daher im Rahmen der Haushaltsberatungen
422 für das Jahr 2013 die von SPD und Grünen beschlossene Erhöhung des Gewerbesteuerhebe-
423 satzes auf 486 Punkte vehement abgelehnt. Steuererhöhungen zur Kompensation von feh-
424 lenden Konsolidierungsmaßnahmen sind Gift für den Wirtschaftsstandort Dortmund. Diese
425 Maxime gilt auch in Zukunft.

426 Trotz einer positiven Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in
427 Dortmund, bleibt die Bekämpfung der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit ein vorrangiges
428 Ziel der CDU. Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit ist dabei
429 eine enorme Hürde. Auffällig ist die besondere Ausprägung der Entkopplung der Arbeits-
430 losen- von der Beschäftigungsentwicklung in Dortmund. Es gibt in Dortmund ein deutliches
431 Missverhältnis zwischen überproportionalem Zuwachs der Bevölkerung, dem Erwerbsper-
432 sonenpotential und der Erwerbsbeteiligung. Diese Diskrepanz aufzulösen, um Arbeitslosig-
433 keit wirksam bekämpfen zu können, ist eine der herausragenden Aufgaben der nächsten
434 Zeit.

435

436 **Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsflächen**

437 Die Wirtschaftsförderung Dortmund ist ein wichtiger Katalysator für die wirtschaftliche
438 Entwicklung unserer Stadt. In ihrer jetzigen Organisationsform als Eigenbetrieb hat die
439 Wirtschaftsförderung mit daran gearbeitet, dass die Dortmunder Unternehmen und der
440 breite Branchenmix einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung Dortmunds
441 leisten. Die CDU ist jedoch der Auffassung, dass die Wirtschaftsförderung zugunsten einer
442 weiteren Optimierung ihrer Arbeit weiterentwickelt werden muss.

443 Dabei kommt dem Thema „Flächen/Flächenentwicklung“ besondere Bedeutung zu. Zwar
444 gibt es heute eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und der
445 Wirtschaftsförderung, wenn es um Nachfragen oder die Entwicklung von Flächen geht, aber
446 es gilt, die Aufgabenerfüllung der Wirtschaftsförderung weiter zu optimieren.

447 Ein marktgerechtes Angebot an unbebauten Gewerbegrundstücken für die „Ansiedlung
448 neuer und die Entwicklung bestehender Unternehmen ist ein unverzichtbares Instrument
449 kommunaler Wirtschaftsförderung.“ Diese Leitthese aus dem Masterplan Wirtschafts-
450 flächen der Stadt Dortmund hebt die Bedeutung von Grundstücksentwicklungen hervor.

451 Darüber hinaus haben auch bebaute gewerbliche Bestandsflächen eine erhebliche Bedeu-
452 tung für strukturelle Veränderungswünsche der Wirtschaft. Der von Unternehmen genutzte
453 Wirtschaftsflächenbestand in Dortmund ist im Zeitraum 2005 bis 2010 um ca. 118 ha gestie-
454 gen. Über 90 % der Neubauaktivitäten fanden auf ehemaligen Brachflächen statt. Bezogen
455 auf die Wirtschaftsstruktur verzeichneten die Bereiche Logistik und Dienstleistungen die
456 höchsten Flächenumsätze. Der Flächenanspruch des verarbeitenden Gewerbes ist in Dort-
457 mund mit 2,2 ha nahezu unverändert.

458 Um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben, sind die nachfolgenden Schritte notwendig.
459 Bei der Realisierung dieser Schritte lässt sich die CDU von dem Grundsatz des Vorrangs
460 eines Flächenrecyclings leiten.

461 ▪ Die begonnene Entwicklung des Gewerbegebietes Werner Hellweg in Lütgendortmund
462 muss erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

463 ▪ Die Entwicklung des Industrie- und Gewerbegebietes Westfalenhütte muss konse-
464 quent weiter verfolgt werden.

465 ▪ Das Bebauungsplanverfahren für das Gewerbegebiet Buddenacker muss forciert wer-
466 den.

467 ▪ Die Planungsarbeiten für die Flächen Osterschleppweg einschließlich der Fläche As-
468 seln-Süd müssen abgeschlossen werden.

469 ▪ Die notwendigen planerischen Schritte für die Flächen zwischen dem Gewerbegebiet
470 Wickede-Süd und dem Bebauungsplan Bereich Br 174 Asseln-Süd müssen zugunsten
471 einer gewerblichen Nutzung zeitnah abgeschlossen werden.

472 ▪ Ebenso soll die Realisierung des Bebauungsplans Br 174 Asseln-Süd vorangetrieben
473 werden.

474 ▪ Die Entwicklung des „Güterbahnhofs Westfaliastraße“.

475 Darüber hinaus gilt es weiterhin, die Fläche „Groppenbruch/Achenbach 2.0“ als Gewerbe- /
476 Industriefläche zu entwickeln. Die CDU setzt sich daher dafür ein, dass die Fläche auch zu-
477 künftig im Landesentwicklungsplan als Gewerbefläche ausgewiesen bleibt. Wir brauchen
478 Industriearbeitsplätze!

479 Als interkommunales Großprojekt für dringend benötigte Industriearbeitsplätze will die
480 CDU nach wie vor die Realisierung des „newPark“ in Datteln/Waltrop vorantreiben. Die
481 Emscher – Lippe Region und das östliche Ruhrgebiet brauchen zur Verbesserung der wirt-
482 schaftlichen Lage der Menschen und der Kommunen die Möglichkeit, industrielle Arbeits-

483 plätze anzusiedeln. Die Zusammenarbeit verschiedener Kommunen, Landkreise, Hand-
484 werkskammern, Industrie – und Handelskammern und Gewerkschaften belegt die Bedeu-
485 tung dieses Zukunftsstandortes für großflächige neue Industrie.

486
487 Die skandalöse Ablehnung der ursprünglich zugesagten Bürgschaft zur Absicherung der
488 Grundstückskäufe durch die newPark-Projektgesellschaft, ist kein Beitrag der SPD-
489 geführten Landesregierung zur Stärkung der Region und Schaffung neuer Perspektiven für
490 die Menschen in der Region.

491 Die CDU setzt sich ein für alternative Ansätze der Finanzierung und sichert der Projektge-
492 sellschaft ihre Unterstützung zur Umsetzung dieser einmaligen Chance zu.

493 Wir erwarten dabei allerdings auch folgende Beiträge der Landesregierung:

- 494 ▪ Die Sicherstellung der erforderlichen Mittel zum Abschluss der Planungen.
- 495 ▪ Die Bereitstellung von Fördermitteln für die Erschließung und Vermarktung.
- 496 ▪ Die Unterstützung beim Erwerb von Flächen.
- 497 ▪ Den Einsatz für den dringend notwendigen Bau der B474n, insbesondere die Anmel-
498 dung für den Bundesverkehrswegeplan.

499 Wir fordern die Landesregierung auf, sich mit ihrer Unterstützung für dieses Projekt klar zur
500 Industrieregion Ruhrgebiet zu bekennen.

501 Vor dem Hintergrund, dass gewerbliche Flächenreserven nicht vorhanden sind und weite
502 Teile von gewerblichen Angebots- und Potentialflächen mit Restriktionen hinsichtlich Er-
503 schließung, Aufarbeitung, Verfügbarkeit und überzogenen Preisvorstellungen der Eigentü-
504 mer versehen sind, ist die Frage der Marktfähigkeit von Flächen von entscheidender Bedeu-
505 tung für den Wirtschaftsstandort Dortmund.

506 Die CDU bleibt in dieser Frage im Interesse von Arbeit und Wirtschaft ein verlässlicher
507 Partner.

508 In diesem Zusammenhang ist es Ziel der CDU, die Wirtschaftsförderung Dortmund in die
509 Lage zu versetzen, Grundstücksgeschäfte eigenständig vorzunehmen. Wir wollen, dass die
510 Wirtschaftsförderung sowohl Grundstücke erwerben als auch veräußern kann. Sie soll in die
511 Lage versetzt werden, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und zu veräußern. Vorhandene
512 städtische Wirtschaftsflächen sollen in die Wirtschaftsförderung eingebracht werden.

513 Ziel muss es sein, dass die Wirtschaftsförderung ohne Reibungsverluste in eigener Regie
514 zeitnah und passgenau Angebote an Unternehmen unterbreiten kann, wenn diese sich an-

515 siedeln bzw. expandieren wollen. Dazu ist eine an den Markterfordernissen orientierte Flä-
516 chenvorratspolitik nötig.

517 Die notwendigen Arbeiten zur Flächenentwicklung bzw. -vermarktung sollen durch den Ei-
518 genbetrieb durchgeführt werden. Ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit muss der Erhalt
519 und der Zuwachs an Industrieflächen sein.

520

521 Der Dortmunder Hafen ist der größte Kanalhafen Europas und Industrie- und Logistik-
522 standort von internationaler Bedeutung. Wasserstraßen, Straßen und Schienen verbinden
523 ihn direkt mit dem europäischen Verkehrssystem. Die drei wichtigsten Verkehrsträger
524 Schiff, Eisenbahn und LKW werden an diesem Logistikstandort sinnvoll kombiniert. Der Ha-
525 fen bietet mit seinen 160 Unternehmen ca. 5.000 Menschen Arbeit. In den letzten Jahren
526 hat sich der Hafen vom ehemals montanindustriell ausgerichteten Umschlagplatz zu einem
527 modernen Logistikzentrum entwickelt.

528 ▪ Das vorhandene Container Terminal stößt nach mehreren Ausbaustufen inzwischen an
529 seine Kapazitätsgrenzen. Die CDU unterstützt daher die Pläne, den Hafen in seinem
530 Leistungsspektrum um eine neue Anlage für den kombinierten Verkehr zu erweitern.

531 So können Neukunden gefunden und bereits vorhandene Unternehmen am Standort
532 Hafen gesichert werden. Wir erreichen somit, dass der Dortmunder Hafen seine Rolle
533 als bedeutender Logistikstandort weiter behaupten und ausbauen kann.

534 ▪ Überlegungen, im Hafengebiet Wohnen und Gastronomie zu etablieren sind reizvoll,
535 dürfen jedoch nicht zu einer Bedrohung von Arbeitsplätzen führen.

536 Die günstige Lage Dortmunds ist ein besonderer Standortvorteil. Die Kombination von op-
537 timalen Verkehrsverbindungen zu Wasser, zu Lande und aus der Luft verschafft Dortmund
538 eine günstige Position im Wettbewerb der Städte und Regionen. Die exzellente Anbindung
539 an das Fernstraßennetz soll weiter ausgebaut werden. Ebenso müssen die Arbeiten für die
540 B1-Untertunnelung vorangetrieben werden. Eine Verringerung der Verkehrsbedeutung der
541 B1-Durchfahrt Dortmund wollen wir nicht. Wir wollen auch, dass das Dortmunder Straßen-
542 netz als Lebensader der Wirtschaft instand gesetzt wird.

543

544 Einzelne Branchen

545 Im Bereich der Produktionswirtschaft genießt die Dortmunder Metallverarbeitung, der Ma-
546 schinenbau oder die Elektrotechnik einen weltweit guten Ruf. Stahl- und Metallverarbei-

547 tung spielen seit jeher eine besondere Rolle in Dortmund.

548 Ebenso sind Dortmunder Maschinenbauunternehmen global erfolgreich. Die Elektrotechnik
549 mit ihren vielfältigen Unternehmen bildet ebenfalls eine wichtige Säule der Dortmunder
550 Wirtschaft. Die Unternehmen der Produktionswirtschaft geben ca. 28.000 Menschen in der
551 Stadt Arbeit. Dennoch muss intensiv daran gearbeitet werden, dass die Industrialisierungs-
552 quote von ca. 7 % in Dortmund deutlich verbessert wird.

553 ▪ Vor dem Hintergrund der andauernd hohen Arbeitslosigkeit in Dortmund ist es nicht
554 nur wirtschaftspolitisch dringend notwendig, sondern auch arbeitsmarktpolitisch und
555 sozialpolitisch von ganz besonderer Bedeutung, dass in der Stadt noch mehr Industrie-
556 arbeitsplätze entstehen können. Die CDU setzt sich daher dafür ein, dass in Dortmund
557 weitere Industriegebiete entstehen, die einen wichtigen Baustein zur Senkung der Ar-
558beitslosigkeit darstellen.

559
560 Das Handwerk mit seinen mehr als 4.000 Betrieben gibt etwa 32.000 Menschen in Dort-
561 mund Arbeit und bildet mehr als 4.000 junge Menschen im Jahr aus. Es leistet somit einen
562 wichtigen Beitrag zum Wohle der Stadt. Ebenso ist Dortmund Standort überregionaler Aus-
563 bildungszentren der Handwerkskammer Dortmund. Gerade das örtliche Handwerk in seiner
564 mittelständischen Struktur ist auf gute örtliche Rahmenbedingungen angewiesen.

565 ▪ Das Ziel der CDU ist es, weitere Steuererhöhungen für Unternehmen in Dortmund zu
566 verhindern, damit keine Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren gehen.
567 ▪ Darüber hinaus wollen wir über den Weg der Haushaltskonsolidierung erreichen, dass
568 die Investitionen in der Stadt wieder zunehmen. Die Betriebe des örtlichen Handwerks
569 können so über mehr Aufträge der öffentlichen Hand Arbeit und Ausbildung sichern.

570
571 Die Gesundheitswirtschaft stellt mit mehr als 40.000 Beschäftigten den größten Beschäf-
572 tigtensektor der Stadt. 16,4 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in
573 diesem Sektor. Allerdings herrscht in dieser Branche auch die Sorge vor Fachkräftemangel.

574 ▪ Insbesondere im Pflegebereich gibt es erheblichen Handlungsbedarf.
575 Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist davon auszugehen, dass gerade
576 in den Pflegeberufen Bedarf an Fachkräften andauern wird. Die CDU wird sich dafür
577 einsetzen, dass es in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur
578 zu Qualifizierungen für diesen Bereich kommen kann.

579 ▪ Von besonderer Bedeutung für die Stadt ist das Klinikum der Stadt Dortmund.
580 Das Klinikum bietet mit hochqualifiziertem ärztlichen Personal sowie modernster me-
581 dizintechnischer Ausstattung beste Voraussetzungen, die Funktion als Krankenhaus der
582 Maximalversorgung in Dortmund zu halten bzw. auszubauen.
583 Nach dem Wechsel in der Geschäftsführung begleitet die CDU konstruktiv den begon-
584 nen Sanierungsweg der Geschäftsleitung, zu dem es keine ernsthafte Alternative gibt.
585 Ziel ist es, das Klinikum im Wettbewerb der Krankenhäuser wirtschaftlich stabil als Ma-
586 ximalversorger zu erhalten.

587
588 Für den Einzelhandel gilt der Masterplan Einzelhandel als wichtiges Steuerungselement zur
589 Stärkung der zentralen Angebotsstrukturen. Die CDU will den Handelsstandort Dortmund
590 weiter stärken. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit sowohl der Stärkung der Dortmunder
591 City mit ihrem breit gefächerten Angebot, als auch den Stadtbezirks – bzw. Ortsteilzentren.
592 Wir wollen die flächendeckende Nahversorgung der Dortmunder Bevölkerung in allen
593 Stadtteilen sichern. Vor dem Hintergrund, dass der Gesamthandel ca. 32.000 Menschen
594 beschäftigt und einen Umsatz von mehr als 3 Milliarden Euro tätigt, verdient dieser Sektor
595 nach wie vor besondere Aufmerksamkeit. Nachdem die Thier Galerie ein weiterer Magnet
596 in der Dortmunder City für die Region geworden ist, gilt es aus Sicht der CDU, mögliche
597 negative Auswirkungen z.B. auf die Brückstraße oder den Ostenhellweg zu verhindern.

598 ▪ Wir wollen, dass sich die Wirtschaftsförderung dabei noch stärker dafür einsetzt, dass
599 sich insbesondere in der City qualitativ attraktiver Einzelhandel ansiedelt und der Auf-
600 wuchs von Billigketten eingedämmt wird. Dazu gehört außerdem auch die gezielte För-
601 derung von kleinteiligem, spezialisiertem Einzelhandel in den Nebenzentren der Innen-
602 stadt.

603 ▪ Wir wollen, dass sich das Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW) noch stärker in
604 den Stadtbezirken vernetzt und etabliert. Ziel muss es sein, auch in den Stadtbezirken
605 attraktiven Einzelhandel anzusiedeln. Vor dem Hintergrund des demographischen
606 Wandels ist es zwingend notwendig, dass für die BürgerInnen auch fußläufig erreichba-
607 re Einzelhandelsangebote vorgehalten werden.

608 **Messe- und Veranstaltungsstandort**

609 Ein oft unterschätzter Wirtschaftsfaktor ist in Dortmund das Messe – und Veranstaltungs-
610 zentrum rund um die Westfalenhallen. Die Messe Dortmund betreibt den Messeplatz

611 Nummer eins in Westfalen und ist einer der vier größten Messestandorte in NRW. Etwa 60
612 Messen mit mehr als 7.000 Ausstellern und fast 700.000 Besuchern finden jährlich am
613 Messestandort Dortmund statt. Darüber hinaus hat Dortmund mit der Westfalenhalle 1
614 nach wie vor einen international populären Anziehungsort für Konzerte, Entertainment –
615 Veranstaltungen oder Sport-Events. Die damit einhergehende Bruttowertschöpfung ist ein
616 bedeutender Faktor im Dortmunder Wirtschaftsleben.

617 ▪ Um die Westfalenhallen auch weiterhin attraktiv und zukunftssicher im Wettbewerb
618 aufstellen zu können, fordert die CDU einen Statusbericht zur Infrastruktur der Westfa-
619 lenhallen.

620 Auf Basis dieser Zustandsbeschreibung will die CDU die dringend notwendige Unter-
621 stützung für den Messe – und Veranstaltungsstandort anstoßen.

622
623 Die CDU will auch in der Zukunft den Strukturwandel Dortmunds weiter vorantreiben.
624 Wichtige Bausteine sind neben Industriearbeitsplätzen natürlich die neuen Technologien,
625 die sich in der Stadt etabliert haben. Informations-, Mikro-, Nano- und Biotechnologie sowie
626 Logistik sind dabei ebenso starke Säulen wie die Dienstleistungswirtschaft, der sozial orien-
627 tierte Dienstleistungssektor, die Versicherungs- und Finanzwirtschaft, die Kultur- und Kre-
628 ativwirtschaft, das Hotel- und Gaststättengewerbe oder die Tourismusbranche.

629 **Wissenschaft und Forschung**

630 Mit etwa 45.000 Studierenden ist Dortmund einer der größten Hochschulstandorte in
631 NRW. Sechs Hochschulen und 19 wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Hochschu-
632 len haben mit dafür gesorgt, dass der Wissenschaftssektor in Dortmund seit 2008 um ca.
633 13 % gewachsen ist. Ebenso stieg die Beschäftigung in den wissensintensiven Dienstleistun-
634 gen um ca. 10 %.

635 Die Technische Universität Dortmund ist dabei mit ihren ca. 30.000 Studierenden und rund
636 7.000 Mitarbeitern (inkl. Hilfskräfte) das Herzstück der Ausbildungs- und Forschungs-
637 einrichtungen und einer der größten Arbeitgeber der Stadt. Die Dortmunder Hochschulen
638 sind Wirtschaftsmotoren und generieren nach einer Studie aus dem Jahr 2012 ca. 1,2 Mrd.
639 Euro an Umsatzeffekten in Dortmund. Hinzu kommen noch ca. 900.000 Euro aus dem
640 Technologiezentrum Dortmund. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt somit etwa 20 Mio.
641 Euro Steuern aus diesem Sektor einnimmt, ist es für die CDU wesentlich, den Wissen-
642 schafts- und Forschungsstandort weiter zu stärken.

643 Wir haben daher den Masterplan Wissenschaft, der von den Partnern aus Wissenschaft,
644 Wirtschaft und Stadt gemeinsam erarbeitet wurde, sehr begrüßt und unterstützen seine
645 Umsetzung intensiv. Ziel muss es sein, dass Dortmund als Wissenschaftsstadt sowohl in
646 seiner räumlichen, als auch in seiner sozialökonomischen Wirkung weiterentwickelt wird.
647 Dabei benötigt die Stadt jedoch die Unterstützung von Bund und Land.

648 ▪ Wir fordern daher von der Landesregierung, dass es endlich wieder Gründungswettbe-
649 werbe für Neugründungen im Technologiebereich ausschreibt. Das europaweit aner-
650 kannte Technologiezentrum Dortmund darf nicht durch die Ignoranz der Landesregie-
651 rung gefährdet werden. Die enge Verknüpfung der Hochschullandschaft und des Tech-
652 nologiezentrums war immer ein Garant für die Gewinnung von neuen Unternehmen
653 und Gewinnung von dringend benötigten hochqualifizierten Fachkräften. Die Landes-
654 regierung schadet dieser dringend benötigten Entwicklung, in dem sie seit 2011 keine
655 Gründungswettbewerbe mehr ausgeschrieben hat. Das schadet nicht nur der Stadt
656 sondern auch NRW als Wissenschafts- und Forschungsstandort.

657 ▪ Die CDU lehnt darüber hinaus die aktuell vorgelegte Novelle des Landeshochschulge-
658 setzes NRW ab. Wir bestreiten aufgrund der Erfolge der nordrhein-westfälischen Hoch-
659 schulen in den letzten Jahren die Notwendigkeit dieser Gesetzesänderung. Mit einem
660 engen bürokratischen Korsett, unsinniger Detailsteuerung und Dirigismus will die Lan-
661 desregierung die Handlungsfähigkeit, die die Hochschulen jedoch auszeichnet, ein-
662 schränken und sie in die Planwirtschaft führen. Der Schaden für die Hochschulen in
663 Dortmund und der Region wäre erheblich. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der vor-
664 gelegte Gesetzesentwurf durch die Landesregierung zurückgezogen wird.

665

666 **Arbeitsmarktpolitik**

667 Aufgrund günstiger konjunktureller Entwicklungen konnte die Zahl der sozialversiche-
668 rungspflichtigen Beschäftigten auch in Dortmund seit langem wieder steigen und festigt
669 sich derzeit über der 200.000-Marke. Dennoch stagniert die Arbeitslosigkeit in Dortmund
670 auf hohem Niveau. So waren im Januar 2014 mehr als 38.000 Menschen in Dortmund ar-
671beitslos gemeldet, was eine Arbeitslosenquote von etwa 13 % bedeutet. Dortmund ist damit
672 die Stadt mit der höchsten Arbeitslosigkeit in NRW.

673 Offenbar profitieren arbeitslose Menschen nicht mehr wie in der Vergangenheit vom posi-
674 tiven Beschäftigungstrend. Arbeitslose Menschen scheinen in Dortmund nicht so gut zum

675 Arbeitskräftebedarf zu passen wie andere Bewerbergruppen. Auffällig ist auch der durch-
676 schnittlich hohe Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund seit 2010.

677 Unabhängig von saisonalen oder konjunkturellen Entwicklungen hat sich die Arbeitslosig-
678 keit in Dortmund leider verfestigt.

679 Die Entkoppelung der Arbeitslosen von der Beschäftigungsentwicklung ist nach Auffassung
680 des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Dortmund besonders ausgeprägt.

681 Demnach überwiegt die Beschäftigungszunahme von in Dortmund lebenden Menschen
682 aufgrund von Beschäftigung außerhalb Dortmunds. Zwar überwiegt die Zahl der Einpendler
683 noch, jedoch nimmt die Zahl der Auspendler weiter zu. Das spricht für eine negative Ar-
684beitslosen-Stellen-Relation auch für Höherqualifizierte.

685 Aus Sicht der CDU ist es äußerst schwierig, die Arbeitslosigkeit in Dortmund nachhaltig zu
686 senken. Es ist aber nicht unmöglich, wie der Vergleich zu anderen Städten verdeutlicht.

687 Zum Beispiel hat Dortmund im Vergleich zu anderen Städten mit 7 % eine zu geringe In-
688 dustrialisierungsquote. Der Durchschnitt liegt in NRW bei ca. 12 % und im Bund bei etwa
689 15 %. Das produzierende Gewerbe hat in Dortmund nur noch geringe Bedeutung. Im We-
690 sentlichen prägen Dienstleistungsgewerbe den Strukturwandel.

691 ▪ Wir wollen, dass Dortmund wieder deutlich stärker auf produzierendes Gewerbe setzt,
692 wenn es um die Ansiedlung neuer Unternehmen geht. Dazu ist eine konsequente Flä-
693 chenpolitik zugunsten des produzierenden Gewerbes nötig.

694 ▪ Wir stehen daher zu den Zielen des Masterplans Wirtschaftsflächen und wollen die
695 konsequente Umsetzung der darin beschlossenen Flächenentwicklungen. Gerade im
696 produzierenden Gewerbe liegen Potentiale für sog. Blaumannarbeitsplätze, die bereits
697 in anderen Städten und Regionen zu mehr Beschäftigung geführt haben. Es gibt in
698 Dortmund ein Missverhältnis von Stellenangebot und Arbeitskräftepotenzial. Über den
699 Zuwachs an Produktionsbetrieben kann dieses Missverhältnis durchaus gesenkt wer-
700 den.

701 Mit besonderer Sorge betrachten wir die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Dort-
702 mund. Trotz erheblicher Mittelaufwendungen der öffentlichen Hand, manifestiert sich in
703 Dortmund die Langzeitarbeitslosigkeit. Vor dem Hintergrund, dass auch zukünftig im Be-
704 reich der niedrigen Qualifikation Stellen abgebaut werden und neue nur bei mittlerer und
705 höherer Qualifikation entstehen, muss das Thema der Qualifikation weiter intensiviert wer-
706 den.

707 In den vergangenen Jahren wurden gemeinsam mit den breit aufgestellten sozial orientier-
708 ten Dienstleistern in der Stadt und den Partnern aus Handwerk, Wirtschaft und Einzelhan-
709 del verschiedenste Qualifizierungsprogramme durchgeführt, ohne das es gelungen ist, die
710 Beschäftigung von Arbeitslosen im sogenannten ersten Arbeitsmarkt spürbar und nachhal-
711 tig zu verbessern.

712 ▪ Die CDU lehnt kommunale Beschäftigungsprogramme, die lediglich das Ziel der öffent-
713 lich geförderten Beschäftigung verfolgen, grundsätzlich ab. Zum einen verfolgt diese
714 Art der Beschäftigung nicht vorrangig das Ziel der Integration in den ersten Arbeits-
715 markt und steht zum anderen ggf. in Konkurrenz zu Tätigkeiten, die durch Unterneh-
716 men und Betriebe der freien Wirtschaft erbracht werden.

717 ▪ Die CDU spricht sich jedoch sehr deutlich dafür aus, dass in Dortmund möglichst im
718 Konsens aller Beteiligten eine Qualifizierungsoffensive gestartet wird, die den arbeits-
719 losen Menschen besser als bisher Chancen auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt
720 bietet. In der Vergangenheit war die Gründung der damaligen „Dortmunder Dienste“
721 ein Modell, das unter den damaligen Rahmenbedingungen diesen Weg eingeschlagen
722 hatte. Ähnliche Modelle sollen in enger Zusammenarbeit mit der Dortmunder Wirt-
723 schaft beraten werden. Dabei ist gemeinsam mit der Dortmunder Wirtschaft als Grund-
724 lage zu ermitteln, welchen Qualifizierungsbedarf man sieht und inwieweit Handwerk,
725 Industrie und Einzelhandel enger in die Qualifizierungsmaßnahmen eingebunden wer-
726 den müssen.

727 Das Risiko, am Bedarf vorbei zu qualifizieren, muss in Dortmund erheblich minimiert wer-
728 den. Der erhebliche Mittelaufwand muss noch weitaus zielgerichteter eingesetzt werden.
729 Qualifizierung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, muss die Aufgabe der nächsten
730 Zeit sein. Ziel muss sein auch die Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund spürbar zu senken.

731

732 **Stärken stärken: Dortmunds Infrastruktur**

733 Eine gute Infrastruktur ist die Grundlage des Lebens und Wirtschaftens gerade in einer
734 Großstadt wie Dortmund. Infrastruktur reicht von den Straßen und Wegen über Strom, Gas
735 und Wasser bis zum breitbandigen Anschluss an das Internet, um nur einige beispielhaft zu
736 nennen. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur wird fast ausschließlich durch die Stadt
737 Dortmund bereitgestellt.

738 Die öffentliche Infrastruktur stellt mit rd. 20 % des städtischen Haushaltes zusammen mit
739 den Personalkosten und sozialen Aufwendungen den bei weitem namhaftesten Kostenblock
740 dar. Die öffentliche Infrastruktur ist aber nicht nur Kostenblock, sondern auch in der Bilanz
741 der größte Werteblock. Grund genug, diese Werte möglichst zu erhöhen, zumindest aber zu
742 erhalten. Straßen, Wege und Brücken müssen vor weiterem Verfall geschützt, ständig un-
743 terhalten werden. Sparen an der Unterhaltung führt in wenigen Jahren zu deutlich höheren
744 Kosten bei der Instandsetzung bzw. dem Neubau und über das KAG (Kommunalabgabenge-
745 setz) auch zu einer direkten zusätzlichen Belastung der Bürger. Dieses ist bereits heute zu
746 beobachten. Dies wollen wir nicht!

747 Eine spürbare Erhöhung der Unterhaltungsmittel ist auch ein Signal an die mittelständi-
748 schen Unternehmen vor Ort. Gerade kleinere Instandsetzungen sind vor Ort Wirtschaftsfaktor
749 für die ortsansässigen Unternehmen und Handwerksbetriebe. Dies stärkt die Dort-
750 munder Wirtschaftskraft. Wir wollen die Dortmunder Straßen in Ordnung bringen.

751 Die CDU fordert daher:

- 752 ▪ Eine auskömmliche Finanzierung zur Instandhaltung der Dortmunder Verkehrswege.
753 Zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes sind alleine für die Straßen 22 Mill.
754 Euro pro Jahr notwendig. Wir wollen eine stetige jährliche Steigerung der Sanierungs-
755 und Investitionsmittel bis zu dieser Summe. Zurzeit steht nur etwa die Hälfte der
756 Summe zur Verfügung.

757

758 Straßenverkehr

759 Um den Straßenverkehr menschen- und umweltgerecht zu verbessern, stellt die CDU fol-
760 gende Forderungen auf.

761 ▪ Die CDU drängt weiter auf die schnelle Errichtung der so genannten „Nordspange“.
762 Diese von der Brackeler Straße über das Gelände der Westfalenhütte in Richtung Ha-
763 fen unter Einbeziehung bestehender Abschnitte vorhandener Verbindungen neu zu
764 bauende Straße dient neben der inneren Erschließung und Verbindung wichtiger Ge-
765 werbe- und Industriegebiete insbesondere auch der Entlastung des Borsigplatzes vom
766 Durchgangsverkehr und soll zur deutlichen Senkung der Feinstaubbelastung entlang
767 der Brackeler Straße und in der gesamten Nordstadt führen.

768 ▪ Untertunnelung B1: Im westlichen Dortmunder Stadtgebiet ist die frühere B1 bereits
769 heute zur Autobahn A 40 ausgebaut worden. Im Bereich östlich der B236 steht der
770 Ausbau zur Autobahn kurz bevor. Trotz aller bisher schon ergriffenen Maßnahmen ist
771 daher eine Lösung insbesondere des Lärm- und Emissionsproblems im verbliebenen
772 städtischen Abschnitt zwischen Westfalahalle und B236 ohne den Bau eines Tunnels
773 von der Märkischen Straße bis zur B 236 nicht zu erwarten. Die Planungen sollen zügig
774 vorangetrieben werden.

775 ▪ Nach Fertigstellung des Tunnels soll der oberirdische Bereich so gestaltet werden,
776 dass die bisher künstlich getrennten Stadtteile wieder zusammenwachsen können.
777 Vorzusehen ist genügend Raum für den örtlichen Verkehr, eine typische vierspurige
778 Hauptstraße, vergleichbar der Märkischen Straße, und die Anlage einer barrierefreien
779 Stadtbahn.

780 ▪ Die CDU unterstützt daher, dass die Untertunnelung von B1/A40 im Stadtgebiet
781 Dortmund weiter im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf bleiben muss.

782 ▪ OW IIIa: Trotz der ideologisch begründeten Ablehnung der Landesregierung gegen-
783 über dem Bau der OW III a bleibt die Dortmunder CDU in Übereinstimmung mit der
784 Haltung betroffener Nachbargemeinden zur Entlastung der Ortskerne in
785 Asseln und Wickede vom Durchgangsverkehr bei ihrer Forderung des Weiterbaus die-
786 ser Ost-West-Tangente bis zur Autobahn A1 in Unna und fordert die Landesregierung

787 auf, die Planungen fortzuführen. Hierbei ist die Straße zweispurig fortzuführen und
788 die innerörtlichen Straßen durch Kreisverkehre anzubinden.

789 ▪ Universitätsanbindung: Eine bedarfsgerechte Anbindung der Universität Dortmund an
790 das Verkehrsnetz, insbesondere in Richtung der Dortmunder Innenstadt, ist bis heute
791 nicht gelungen. Es wurden immer nur unzusammenhängende Einzelmaßnahmen um-
792 gesetzt. Unter diesen Gesichtspunkten ist der Erhalt der bereits gebauten Uni-
793 Südtangente und ihr Anschluss an die neugebaute Straße Am Gardenkamp unerläss-
794 lich.

795 ▪ Auch bei der weiträumigen Beschilderung sollte frühzeitig auf die Universität Dort-
796 mund als wichtigen Baustein des Dortmunder Strukturwandels, aber auch einen der
797 größten Arbeitgeber der Stadt, hingewiesen werden.

798 Die Stadt Dortmund hat sich bereits im IT-Bereich beispielsweise mit der TU Dortmund
799 oder dem Technologiezentrum und Technologiepark gut positioniert. Die ständige Verfüg-
800 barkeit von Diensten aus dem Internet mit ständig steigenden Bandbreiten-Anforderungen
801 erlangt daher für die Bürger und Besucher der Stadt Dortmund eine immer größere Bedeu-
802 tung z.B. für das Einholen von ortsabhängigen Informationen. WLAN entwickelt sich zum
803 Standortfaktor von Städten im Bereich der Gewinnung von Fachkräften und im Tourismus.
804 Die CDU wird daher in der kommenden Wahlperiode folgende Initiativen ergreifen:

805 ▪ Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept analog zur Brückstraße vorzulegen, um in
806 den Zentren von Stadtbezirken eine öffentliche WLAN-Infrastruktur aufzubauen.

807 ▪ In die Prüfung soll das Wissen und Infrastruktur der Unternehmen der Stadt Dort-
808 mund (z. B. DoKom) einbezogen werden.

809 **Parklizenzierung**

810 Der fehlende Parkraum in den städtischen Verdichtungsgebieten stellt weltweit ein nicht
811 lösbares Problem dar, da gerade im Altbaubereich Parkmöglichkeiten zum Teil völlig fehlen.
812 Die Lösungen müssen immer einen guten Kompromiss zwischen den Wünschen der An-
813 wohner und den Notwendigkeiten einer Großstadt wie z.B. Anlieferverkehre schaffen. Die
814 CDU steht Lösungen positiv gegenüber,

- 815 ▪ die das Problem mit Zustimmung der jeweiligen Anwohner abmildern können.
- 816 ▪ die akzeptable Gestaltungen für die ortsansässigen Freiberufler, Dienstleister und den
817 Einzelhandel beinhalten.
- 818 ▪ die dafür sorgen, dass sich die Parkplatzsituation in den genannten Bereichen verbes-
819 sert.

820 **Fahrradverkehr**

821 Das Fahrrad hat neben der Freizeitnutzung, seine Stärken im Kurz- und Mittelstreckenbe-
822 reich. Daraus ergeben sich für die CDU folgende Forderungen:

- 823 ▪ Die Mittel für den Fahrradverkehr sollten daher zielgerichtet in den Um- und Ausbau
824 der örtlichen Radwege investiert werden. Die Konzentration auf den straßen- und
825 fußwegebegleitenden Radwegeausbau ist zu überprüfen.
- 826 ▪ Vorrangiges Ziel ist der Ausbau der Stadtteil verbindenden Radwege, die vielen Men-
827 schen zugutekommen.
- 828 ▪ Die Konzentration erheblicher Mittel in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe auf ein
829 oder wenige persönliche Prestigeprojekte einiger Vertreter in der Region und der Lan-
830 desregierung wie zum Beispiel den Radschnellweg Ruhr lehnt die CDU ab. Die Mittel
831 für den Fahrradverkehr auf wenige gigantische Vorzeigeprojekte zu Lasten der Rad-
832 wege zwischen den Dortmunder Stadtteilen zu konzentrieren trägt nicht zur Stärkung
833 des Radverkehrs bei und wird deshalb von der CDU abgelehnt.

834 **Zukunft des ÖPNV**

835 Eine Großstadt wie Dortmund braucht einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen
836 Personennahverkehr (ÖPNV). Auch unter demographischen Gesichtspunkten wächst die
837 Bedeutung des ÖPNV. Trotz gleichbleibender beziehungsweise rückläufiger
838 Bevölkerungszahl steigen die Nutzungszahlen des ÖPNV jährlich um 1 bis 2 % an. Das
839 Dortmunder Stadtbahnnetz ist eines der leistungsfähigsten ÖPNV-Netze auf kommunaler
840 Ebene in Deutschland.

841 Folgende Punkte sind der CDU daher wichtig:

- 842 ▪ Aufgrund der hohen Folgekosten ist ein weiterer Ausbau des Streckennetzes, insbe-
843 sondere des schienengebundenen Verkehrs nicht realistisch. Angesichts dieser Ent-
844 wicklung hat das Stadtbahnnetz für die CDU seinen Endausbauzustand erreicht.
- 845 ▪ In Zukunft muss es stattdessen nicht mehr um den Ausbau sondern um die Optimie-
846 rung des Netzes im Bestand gehen.
- 847 ▪ Aufgrund der steigenden Nutzungszeiten müssen allerdings auch in Zukunft mehr
848 Fahrzeuge im bestehenden Netz eingesetzt werden und vorhandene Fahrzeuge al-
849 tersbedingt ersetzt werden.
- 850 ▪ Auch die technische Infrastruktur insbesondere der Stadtbahnstrecken bedarf drin-
851 gend einer Erneuerung. Das Land ist aufgerufen, seine verfehlte Förderpraxis von der
852 ausschließlichen Förderung des Neubaus auf die Förderung von Erhaltungsmaßnahmen
853 umzustellen. Weder Kommune noch DSW₂₁ allein können mit der bisherigen Finanz-
854 ausstattung langfristig den Betrieb der Stadtbahn sicherstellen. Wir wollen die wech-
855 selseitige Ergänzung aller Verkehrsmittel. Wir brauchen Individualverkehr und öffent-
856 lichen Personalverkehr gleichermaßen. Ideologisch begründete autofeindliche Politik
857 wollen wir nicht. Tempo 30 auf allen innerstädtischen Straßen wird von uns daher
858 nicht befürwortet.
- 859 ▪ Die verschiedenen Verkehrsträger des ÖPNV sind besser zu verknüpfen und die Qua-
860 lität der Knotenpunkte zu erhöhen, zum Beispiel im Hauptbahnhof. Beispiele sind der
861 Ortskern/Bahnhof Aplerbeck oder die Haltestelle Parkhaus Barop (U- und S-Bahn,
862 Bus).
- 863 ▪ Wir fordern die Deutsche Bahn auf, die Vorortbahnhöfe zu sanieren.
- 864 ▪ Nachdem feststeht, dass die Linie RB 43 Richtung Bövinghausen erhalten bleibt, muss
865 in eine bedarfsgerechte Instandhaltung der Strecke investiert werden.
- 866 ▪ Möglichkeiten zur besseren Anbindung der Universität Dortmund und des Technolo-
867 gieparks im ÖPNV sind weiterhin zu prüfen und bei positivem Ausgang umzusetzen.
- 868 ▪ Der weitere Ausbau von Park-and-ride-Plätzen wird von der CDU unterstützt.
- 869

870 Eisenbahn und Hauptbahnhof

871 Dortmund verfügt über eine gute Anbindung an den Schienenverkehr sowohl im Bereich
872 des Güterverkehrs als auch in der Personenbeförderung. Schwachpunkt ist der Dortmunder
873 Hauptbahnhof, der endlich modernisiert werden muss und architektonisch und funktionell
874 den Erwartungen an eine Metropole gerecht werden muss. Die Sanierung und
875 Modernisierung des zweitgrößten Eisenbahnknotenpunkts Nordrhein-Westfalen ist seit
876 mehr als einem Jahrzehnt überfällig. Die CDU will, dass der Hauptbahnhof endlich zügig zu
877 einer hochwertigen Verkehrsstation umgebaut wird.

878 In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Forderungen:

- 879 ▪ Besondere Bedeutung hat für die CDU, dass die Umsteige- und Wegebeziehungen
880 zwischen U-Bahn (Stadtbahn) und dem Regional- und Fernverkehr (S-Bahn, Regional-
881 bahn, IC, ICE und den künftigen Rhein-Ruhr-Express) verbessert werden. Dabei ist die
882 Verknüpfung von Stadtbahn und Regionalverkehr ebenso von großer Bedeutung.
- 883 ▪ Während sie beim Umbau des Hauptbahnhofs vom Entgegenkommen der Deutschen
884 Bahn abhängig ist, kann die Stadt Dortmund das Umfeld des Hauptbahnhofs in eige-
885 ner Zuständigkeit neu und attraktiv gestalten. Die CDU unterstützt daher eine der
886 Metropole Dortmund angemessene architektonische Gestaltung des Bahnhofsvor-
887 platzes, der durch prominente Bauten in seiner Nachbarschaft, das deutsche Fußball-
888 museum und die Botta-Bibliothek, zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat. Der Bahn-
889 hofsvorplatz stellt als Eingangstor in die City auch ein wichtiges Element zur Attrakti-
890 vitätssteigerung der Dortmunder Innenstadt dar.

891 Überregionaler Schienenverkehr

892 Auch die Gleisverbindungen zum Dortmunder Hauptbahnhof sind Schwachstellen im
893 überregionalen Netz der Eisenbahn. Die CDU drängt daher weiterhin

- 894 ▪ auf den zweigleisigen Ausbau der Strecke Dortmund Münster, da diese die einzige
895 eingleisige Verbindung im Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn darstellt. Der Bau
896 des zweiten Gleises auf der Strecke Dortmund - Münster ist eine vergleichsweise ein-
897 fach umzusetzende Maßnahme. Dadurch können der Bahnknoten Dortmund und da-
898 mit die oberzentrale Funktion deutlich gestärkt werden.

- 899 ▪ auf den Rhein-Ruhr-Express (RRX), beziehungsweise eine schnelle S-Bahnverbindung
- 900 Hamm/Münster – Köln. Der RRX befährt innerhalb des Ruhrgebiets die gleichen Stre-
- 901 cken wie die S-Bahn. Daher ist jeder Ausbau auch eine Verbesserung für den gesamte
- 902 S- Bahn-Verkehr.
- 903 ▪ auf die Ertüchtigung der Strecke Dortmund-Hamm für mehr als 160 km/h einschließ-
- 904 lich eines viergleisigen Ausbaues.
- 905 ▪ auf die dazu erforderliche Beseitigung der Bahnübergänge für den zügigen kreuzungs-
- 906 freien Ausbau. Die trennende, sicherheitsgefährdende Wirkung der Bahnstrecke ins-
- 907 besondere im Ortsteil Husen muss schnellstmöglich überwunden werden.

908 **Flughafen²**

909 Der Dortmunder Flughafen stellt ein wichtiges Verkehrsinfrastrukturangebot des
910 Oberzentrums Dortmund dar. Der von der CDU durchgesetzte Kompromiss erweiterter
911 Betriebszeiten sollte daher schnell umgesetzt werden.

912 **Hafen³**

913 Dortmund besitzt den größten Kanalhafen Europas. Der Hafen ist wichtiger Dienstleister
914 für den kombinierten Güterverkehr der Verkehrsträger Wasser, Schiene und Straße. Der
915 Dortmunder Hafen ist ein erstklassiger Gewerbestandort für Industrie und Logistik mit
916 Entwicklungspotential. Die CDU befürwortet die geplante neue Anlage für den
917 kombinierten Ladungsverkehr (KV-Anlage). Überlegungen zu Wohnen und Gastronomie am
918 Hafen sind reizvoll, dürfen aber die industrielle Nutzung des Hafens nicht beeinträchtigen
919 und Arbeitsplätze gefährden.

920

921 **E-Mobilität**

922 Die CDU fordert, dass Dortmund sich stärker als „Stadt der Elektromobilität“ profiliert. Mit
923 dem eingerichteten „Lenkungskreis Elektromobilität“ erfüllte sich ein Stück weit die CDU-
924 Forderung nach einer koordinierten Zusammenarbeit aller Akteure, von „DEW21“ und
925 „RWE“ über das wissenschaftliche Potential an den Dortmunder Hochschulen (z. B. das In-
926 stitut für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft an der TU Dortmund, Sitz

² ausführlich Seite 14 f.

³ ausführlich Seite 22

- 927 des NRW-Kompetenzzentrums Infrastruktur und Netze für Elektromobilität) und der Politik
928 bis hin zu privaten, bürgerschaftlichen Initiativen.
- 929 ▪ Die CDU erwartet, dass die „DEW21“ und die in Dortmund ansässige „RWE Effizienz“
930 die Rolle der treibenden Kraft annimmt und Dortmunds Entwicklung zu einer „Stadt
931 der Elektromobilität“ vorantreibt.
- 932 ▪ Priorität bei der Förderung der E-Mobilität sollen die Maßnahmen erhalten, die mit
933 heutigen technischen Mitteln auch tatsächlich wirtschaftlich umzusetzen sind. Das
934 kann zum Beispiel die Förderung der E-Mobilität in Firmenflotten sein.
- 935 ▪ Der Forschung müssen Möglichkeiten zur Erprobung in der Praxis geboten werden.
936 Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Stadt Modellversuche planerisch und organisa-
937 torisch unterstützt.
- 938 ▪ Anreize für einen Umstieg auf Elektrofahrzeuge lassen sich vor Ort nur über einen
939 weiteren Ausbau der Infrastruktur für Elektromobile setzen. Nachholbedarf sieht die
940 CDU bei der Einrichtung von Elektroladestellen in den Stadtbezirken und im Bereich
941 von Park-and-ride-Anlagen. Ladestationen für Elektrofahrräder wollen wir bedarfsge-
942 recht ausbauen.
- 943

944 **Nah am Menschen: Politik für unsere Stadtgesellschaft**

945 Die Dortmunderinnen und Dortmunder sind stolz auf ihre Stadt. Wir wollen ein solidari-
946 sches Dortmund und unsere Stadt zukunftsfest machen! Für die CDU stehen die Lebens-
947 qualität und Lebenssituation der Menschen in Dortmund im Mittelpunkt unseres Handels.
948 Dabei ist die kommunale Selbstverwaltung für uns kein Selbstzweck. Bürgerinnen und Bür-
949 ger übernehmen Verantwortung für die Gestaltung von Dortmund. Dieses Verständnis un-
950 serer politischen Arbeit leitet uns.
951

952 Für die CDU gilt auch auf kommunaler Ebene der Grundsatz „Vorrang für Familien“. Wir
953 schaffen für Familien Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten. Dabei ist uns die Wahlfrei-
954 heit der Eltern in vielen gesellschaftlichen Sektoren ein wichtiges Anliegen.

955 Wir sind die Garanten der Sozialen Marktwirtschaft. Wir bekennen uns zum Prinzip des
956 Förderns und Forderns. Die CDU bietet all denjenigen Hilfe an, die sich nicht selbst helfen
957 können. Wir ermuntern die Leistungsfähigen, sich solidarisch für das Gemeinwesen einzu-
958 setzen. Das soziale Netz für Kinder und Jugendliche, Senioren, Kranke und Menschen mit
959 Behinderung werden wir zukunftsfest machen.

960 Die Gemeinschaft in den Ortsteilen und Stadtbezirken lebt von Menschen, die bereit sind,
961 Verantwortung für andere zu übernehmen. Ob bei der Freiwilligen Feuerwehr und anderen
962 Hilfsorganisationen, in sozialen Einrichtungen, den Kirchen oder in Vereinen – wir brauchen
963 das ehrenamtliche Engagement.

964 965 **Stadtentwicklung und Stadtumbau**

966 Dortmund steht an der Schwelle des 21. Jahrhunderts vor Herausforderungen, die Aufbruch
967 und verantwortliches politisches Handeln erfordern. Der einfache Erhalt bestehender Struk-
968 turen ohne eine Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen führt in die gesellschaftliche
969 Sackgasse.
970
971

972
973 Durch den demografischen Wandel ändert sich unsere Bevölkerungsstruktur sehr stark. Die
974 Dortmunderinnen und Dortmunder werden „weniger, älter und bunter.“

975 Dortmund muss insbesondere zu einer seniorengerechten Stadt werden, in der sich ältere
976 Menschen wohl fühlen, in der sie gerne leben und ihren individuellen Interessen nachgehen
977 können. Dortmund muss sich finanzielle Spielräume schaffen, um diesen Umbau der Stadt

- 978** für eine sich ändernde Gesellschaft zu ermöglichen. Ältere Menschen müssen sich als voll-
- 979** wertiger Bestandteil dieser Gesellschaft fühlen. Investitionen in eine seniorengerechte
- 980** Stadt schaffen gleichzeitig Anreize für die Rückkehr von Menschen nach Dortmund aus den
- 981** umliegenden Gemeinden, von Bürgern, die früher bei uns gelebt haben.
- 982** Dortmund muss sich dem städteweiten Wettbewerb um Bevölkerungszuzug stellen. Nur
- 983** eine in ihrer Struktur homogene und fast gleich bleibende Bevölkerung gewährleistet die
- 984** ausreichende Auslastung unserer öffentlichen Infrastruktur. Die aktuelle Dortmunder Infra-
- 985** struktur ist seinerzeit für weit über 600.000 Einwohner geplant und ausgebaut worden.
- 986** Eine zielgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist von großer Bedeutung für die
- 987** städtischen Finanzen und Grundlage für eine an den finanziellen Möglichkeiten orientierten
- 988** Sozialpolitik. Eine prosperierende Wirtschaft und eine gute Arbeitsmarktsituation prägen
- 989** ein positives Stadtbild und sind daher von entscheidender Bedeutung und schaffen Anzie-
- 990** hungskraft im Wettstreit um Einwohner. Der Förderung von Wirtschaft und Arbeit kommt
- 991** eine Schlüsselfunktion bei der Bewältigung des demographischen Wandels und des zuneh-
- 992** menden Wettbewerbs der Städte und Regionen zu.
- 993**
- 994** Dortmunds Attraktivität misst sich, neben den zentralen Einrichtungen im kulturellen, frei-
- 995** zeitorientierten und sportlichen Bereich auch an dem örtlichen Angebot in den Stadtbezir-
- 996** ken und Ortsteilen. Die CDU Dortmund vermisst insbesondere eine im Ruhrgebietsver-
- 997** gleich interessante Gastronomie- und Kneipenszene, wie sie vor Jahren in der Dortmunder
- 998** Innenstadt, insbesondere auch für junge Leute, attraktiv war. Bei Entwicklungen von Frei-
- 999** flächen rund um den Hauptbahnhof fördern wir die Schaffung neuer Angebote. Fördern
- 1000** möchten wir auch die weitere Entwicklung der Brückstraße zu einem abwechslungsreichen
- 1001** Szeneviertel.
- 1002**

1003 **Dortmund - Stadt der Chancen und sozialen Gerechtigkeit**

1004 Unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele prägen unser Verständnis zupackender und
1005 erfolgreicher Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die CDU tritt für eine Sozialpolitik ein, die
1006 sich an den Prinzipien der „Subsidiarität“ und „Solidarität“ orientiert. Wir wollen das Mitei-
1007 nander in einer sozialen Bürgergesellschaft gestalten! Dies setzt eine Politik bürgerschaftli-
1008 cher Teilhabe voraus, eine Politik, die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten
1009 eröffnet, die Kräfte der Selbsthilfe aktiviert und Menschen dazu befähigt, aktiv an der Lö-
1010 sung sozialer Probleme mitzuarbeiten. Unser Verständnis von langfristig tragfähiger sozia-
1011 ler Politik basiert auf Chancengerechtigkeit. Dabei dürfen aus der sozialen Herkunft, einem
1012 Migrationshintergrund oder einer Behinderung keine strukturellen Nachteile entstehen.
1013 Die Ideen der sozialen Gerechtigkeit, unterschiedliche, sich wandelnde Vorstellungen von
1014 Bedürftigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit müssen auch in unserer Stadt ständig neu ausge-
1015 handelt und bei veränderten Rahmenbedingungen neu justiert werden.

1016 Das umfassende soziale Netz, das die Stadt gemeinsam mit Kirchen, Vereinen, Stiftungen
1017 und anderen Trägern gespannt hat, werden wir erhalten und modernisieren. Die Zuschüsse
1018 sollen in Zusammenarbeit mit den Trägern an die veränderten Anforderungen angepasst
1019 werden. Neue Aufgaben müssen durch Umschichtung von Mitteln finanziert werden. Des-
1020 halb sind die laufenden Ausgaben stetig daraufhin zu überprüfen, ob sie noch ihren eigent-
1021 lichen Zweck erfüllen. Dies sind wir auch den Steuerzahlern schuldig.

1022 Betrieb und soziales Angebot des Alkoholkonsumraums „Café BERTA“ als Aufenthalts- und
1023 Beratungseinrichtung wollen wir dauerhaft sicherstellen. „Café BERTA“ soll als begleitendes
1024 Instrument zur Bewältigung der schwierigen Situation in der Nordstadt fortgeführt werden.
1025 Ziel ist, alkoholtrinkende Personen zu beraten und Aufenthalt zu bieten. Zusätzlich soll die
1026 Beschwerdelage rund um den Nordmarkt reduziert werden. Hilfebedürftige Menschen sol-
1027 len dazu bewegt werden, Beratung als eine Perspektive zu sehen. Dortmund muss als sozia-
1028 le Stadt auch für diese Menschen etwas tun.

1029

1030

1031 **Vorrang für Familien**

1032 Der CDU Dortmund ist wichtig, dass die Vielfalt einer Stadt aus dem Zusammenwirken aller
1033 Generationen erwächst. Unser Leitbild ist eine Gesellschaft des Gemeinsinns, mit der Fami-
1034 lie als Mittelpunkt.

- 1035** Das Verständnis des Familienbegriffs hat sich seit Jahren gewandelt und vielfältig erweitert.
- 1036** Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung
- 1037** tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerech-
- 1038** tigkeit vermittelt wird. Familie ist nicht allein die junge Familie mit kleinen Kindern oder
- 1039** Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen.
- 1040** Die CDU setzt sich dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Familien in Dortmund die
- 1041** gleiche Aufmerksamkeit zuteilwird wie den Standortbedingungen der Wirtschaft. Familien-
- 1042** politik muss Chancen eröffnen und Benachteiligungen abbauen.
- 1043** Dies umso mehr vor den Auswirkungen des demographischen Wandels unserer Stadt. Die
- 1044** CDU will in diesem Politikfeld einen erkennbaren Schwerpunkt setzen, damit Dortmund
- 1045** eine wirklich familienfreundliche Stadt in Westfalen wird. Lebenswert für die bereits hier
- 1046** lebenden Familien und attraktiv für die, die nach Ausbildung, Studium oder aus anderen
- 1047** beruflichen Gründen in Dortmund sesshaft werden wollen und eine Familie gründen.
- 1048** ▪ Die CDU Dortmund fördert aktiv Familien bei der Schaffung von Wohneigentum. Ins-
- 1049** besondere im Bereich der Baulandpolitik setzt sie sich dafür ein, Familien bei der Bau-
- 1050** landausweisung besonders zu berücksichtigen.
- 1051** Vor dem Hintergrund, dass der Wunsch oder auch häufig der Zwang zu einem
- 1052** eigenen beruflichen Weg beider Elternteile deutlich gestiegen ist, sind die Anforderungen
- 1053** an Familienpolitik deutlich erhöht worden. Hauptansatzpunkt für politisches Handeln ist
- 1054** dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 1055** ▪ Die CDU setzt sich dafür ein, die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen besser
- 1056** auf die Bedürfnisse der Eltern auszurichten. Aufgrund veränderter Arbeitszeiten in
- 1057** zahlreichen Branchen sollen sich Kindertageseinrichtungen („Spätkindergarten“) den
- 1058** veränderten Lebensbedingungen anpassen und die Öffnungszeiten deutlich ausweiten.
- 1059** ▪ Die Angebote für die U 3-Betreuung müssen weiterhin ausgebaut werden.
- 1060** ▪ Ebenso setzt sich die CDU für den weiteren Ausbau der „Offenen Ganztagschule“ ein.
- 1061** Allerdings muss die „Offene Ganztagschule“ einen hohen Qualitätsanspruch besitzen
- 1062** und darf keine schlichte Kinderverwahrung sein.
- 1063** ▪ Betriebliche Kinderbetreuungsangebote können einen wesentlichen Beitrag zur besse-
- 1064** ren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Die Variationsmöglichkeiten betrieb-
- 1065** lich organisierter Kinderbetreuungsleistungen sind vielfältig. Wir begrüßen und unter-
- 1066** stützen daher Initiativen, wie z. B. FamUnDo (Familienbewusste Unternehmen in

1067 Dortmund), die Unternehmen helfen, individuelle Lösungen zu finden und umzusetzen
1068 und Kooperationen steuern können.

1069 Die CDU will die Möglichkeit der Nutzung einer „Familien-Karte“ in möglichst vielen Berei-
1070 chen unserer Stadt durchsetzen. Analog Zoo und Westfalenpark sollen alle städtischen Ein-
1071 richtungen ihre Preisstrukturen auf Familienfreundlichkeit prüfen. Wir wollen durch fami-
1072 lienbezogene finanzielle Entlastungen bei den Gebühren und Entgelten für die Nutzung
1073 städtischer Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen die Attraktivität dieser Angebote he-
1074 ben und ihren Besuch für Familien mit Kindern bezahlbar gestalten. Je nach Zahl der Kinder
1075 gestaffelte Familienermäßigungen sollen einkommensunabhängig gewährt und für jeweils
1076 ein Kalenderjahr Gültigkeit haben.

1077

1078 **Kinder brauchen unseren Schutz**

1079 Eltern übernehmen mit der Erziehung ihrer Kinder eine außerordentliche Verantwortung.
1080 Zugleich leisten sie mit der Erziehung einen besonderen Beitrag für das gesellschaftliche
1081 Zusammenleben. Die CDU will dafür sorgen, dass Eltern im Umgang mit ihren Kindern ge-
1082 stärkt werden und ihnen Sicherheit und Unterstützung gegeben wird.

1083 ▪ Wir treten daher dafür ein, dass in allen Stadtbezirken Frühwarnsysteme und Erzie-
1084 hungsangebote eingerichtet werden, die Eltern in ihrem Alltag begleiten. Hierdurch sol-
1085 len insbesondere die Eltern unterstützt werden, die sich bei der Erziehung ihrer Kinder
1086 überfordert fühlen.

1087 ▪ Um dieses Ziel einer aufsuchenden Unterstützung zu erreichen, muss die Jugendhilfe
1088 personell so ausgestattet werden, dass sie ohne Verzug auf sich ändernde Anforderun-
1089 gen reagieren kann. Es muss überprüft werden, inwieweit die bürokratische Arbeit zu-
1090 gunsten praktischer aufsuchender Hilfe reduziert werden kann. Zur Sicherstellung ei-
1091 ner möglichst frühen Gefahrenabwendung für Kinder von überforderten Eltern, müssen
1092 die Besuche der Jugendhilfe nach entsprechender Änderung der gesetzlichen Rahmen-
1093 bedingungen auch unangemeldet erfolgen können.

1094 ▪ Die finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe ist in Dortmund zurzeit ausreichend. Wir
1095 wollen die Jugendhilfe zielklar, wirtschaftlich, effektiv und präventiv ausrichten.

1096 Wir wollen Familien aktiv in die Familienpolitik vor Ort einbinden. Insbesondere
1097 wenn es um Kinderbetreuung, familiengerechte Gestaltung von Baugebieten, Wohnraum-
1098 angebote, verkehrsberuhigte Spielzonen, Familienberatung oder Jugendförderung geht.

1099 Politik für unsere Jugend

1100 Wir wollen Jugendlichen Orientierung geben, Perspektiven schaffen und sie schützen und
1101 fördern! Politik für Jugendliche muss sich an veränderten Anforderungen orientieren und
1102 Jugendlichen das Gefühl vermitteln, dass ihre Interessen und Neigungen in politischen Ent-
1103 scheidungen berücksichtigt werden.

1104 Dabei sollte Politik auf einem verlässlichen Wertefundament gestaltet und vermittelt wer-
1105 den. Wie Jugendstudien belegen, sind Jugendlichen Begriffe wie Toleranz, Gerechtigkeit,
1106 Offenheit und Ehrlichkeit von großer Bedeutung.

1107 ▪ Um Jugendliche bereits in der Planung und bei den Entscheidungsfindungen einzube-
1108 ziehen, will die CDU in allen Stadtbezirken Jugendforen einrichten. Hierzu muss die Ju-
1109ugendhilfe in allen Stadtbezirken verstärkt und intensiviert werden.

1110 ▪ Ziel muss dabei auch sein, Vandalismus, Drogen- und Alkoholexzesse zu unterbinden.
1111 Zum Schutz der Jugendlichen vor exzessivem Alkohol- und Drogenmissbrauch muss
1112 die Präventionsarbeit deutlich intensiviert werden.

1113 ▪ Die CDU fordert jedoch neben präventiven Maßnahmen, die zwischen allen zuständi-
1114gen Stellen koordiniert werden müssen, auch eine klare Einhaltung des Jugendschutz-
1115gesetzes durch verstärkte Kontrollen der zuständigen Stellen und den notwendigen
1116Konsequenzen bei Verstößen.

1117 Mit Sorge beobachtet die CDU eine zunehmende politische Radikalisierung in jugendlichen
1118 Szenen. Wir wollen diesen Tendenzen entgegenwirken.

1119 ▪ Die CDU fordert die Intensivierung und Weiterentwicklung von Aufklärungsprogram-
1120men. Ziel dabei ist es, der Jugend die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu er-
1121möglichen und sie zur Mitwirkung zu ermutigen.

1122 Um eine bessere Betreuung der Jugendlichen vor Ort zu erreichen, spricht sich
1123 die CDU dafür aus, die aufsuchende Jugendarbeit in allen Stadtbezirken zu intensivieren.
1124 Das Angebot von Jugendfreizeitstätten muss angepasst, auf veränderte Bedürfnisse ausge-
1125richtet, attraktiv und zeitgemäß gestaltet werden.

1126 Die CDU sucht auch den engen Kontakt zur freien und kirchlichen Jugendarbeit, die in vie-
1127len Gemeinden auch heute noch lebhaft und fruchtbar ist. Diese Jugendarbeit zu unterstüt-
1128zen und durch Angebote der CDU die Jugendlichen für die politische Mitwirkung zu interes-
1129sieren, sehen wir als wichtige Aufgabe.

1130 Die CDU Dortmund ist sich der besonderen integrativen Bedeutung von Sportvereinen be-
1131 wusst. Wir wollen herausragende Leistungen und innovative Arbeit in diesem Bereich un-
1132 terstützen. Daher soll die Sportförderung die Integrationsarbeit in den Sportvereinen in
1133 besonderer Weise honorieren.

1134 Um Jugendliche besser erreichen zu können, die weder in Sportvereinen aktiv sind noch
1135 Jugendfreizeitstätten oder andere Einrichtungen aufsuchen, sondern z.B. sog. „informelle
1136 Treffs“ bevorzugen, müssen bei Bedarf in den einzelnen Stadtbezirken Streetworker einge-
1137 setzt werden, die über Angebote aufklären oder Aktivitäten mit den Jugendlichen organisie-
1138 ren. Wir wollen dabei besonders auch Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen.
1139 Dazu müssen auch Streetworker mit eigenem Migrationshintergrund eingesetzt werden,
1140 die Barrieren abbauen können.

1141

1142

1143 **Senioren – Lebenserfahrung nutzen, Teilhabe ermöglichen!**

1144 Die Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung stellt die Sozialpolitik vor große Heraus-
1145 forderungen. Schon jetzt ist ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt, aber auch die An-
1146 zahl der hochaltrigen Menschen über 80 Jahren nimmt zu. Wir brauchen für diese Men-
1147 schen neue Konzepte.

1148 ▪ Die CDU will die Eigeninitiative älterer Menschen zur Gestaltung ihres Wohnumfeldes
1149 und damit der Lebensqualität fördern. Hierzu gehört z.B. die Unterstützung des Woh-
1150 nens in Mehrgenerationenhäusern.

1151 ▪ Für die wachsende Zahl von Haushalten mit Senioren müssen für den Fall von Hilfs-
1152 bedürftigkeit funktionierende wohnungsnahе Hilfsangebote sichergestellt werden. Die
1153 CDU befürwortet den Ausbau ambulanter Dienste und ortsnaher Sozialstationen. Wir
1154 wollen die Selbstständigkeit und die sozialen Kontakte älterer Menschen möglichst
1155 lange erhalten. Damit kann eine verfrühte Übersiedlung in ein Seniorenheim vermieden
1156 werden.

1157 ▪ Wir unterstützen ortsnahe Einkaufsmöglichkeiten und Angebote.

1158 ▪ Tausende von Menschen in Dortmund pflegen schon heute ihre Angehörigen. Sie über-
1159 nehmen damit eine wichtige Aufgabe und sichern die soziale Qualität unserer Stadtge-
1160 sellschaft. Wenige Angehörige verfügen dabei über eine fundierte Ausbildung oder ha-
1161 ben die Möglichkeit, seelische und körperliche Folgen der Pflege zu kompensieren. Es

- 1162 liegt im Interesse Dortmunds, hier selbst oder durch freie Träger Aus- und Fortbil-
1163 dungsmöglichkeiten zu schaffen oder auszubauen. Angehörige brauchen bei der Pflege
1164 Schulung und unsere tatkräftige Unterstützung.
- 1165 ▪ Auch der Anteil hilfsbedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund nimmt erheblich
1166 zu. Deshalb fordert die CDU Dortmund die spezielle Qualifizierung von Pflegepersonal
1167 in ambulanten sowie stationären Hilfseinrichtungen.
 - 1168 ▪ Die Aktivitäten des sozialen Wohnungsbaus müssen sich dem demographischen Wan-
1169 del entsprechend auf die Förderung von seniorenrechtlichen und generationen-
1170 übergreifenden Wohnformen konzentrieren. Die aktive Zusammenarbeit mit Wohl-
1171 fahrtsverbänden, Kirchen, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Initiativen der Altenhilfe
1172 muss verstetigt und ausgebaut werden.
 - 1173 ▪ Darüber hinaus wird die CDU sich dafür einsetzen, dass sich auch die Dortmunder Kul-
1174 tur- und Freizeiteinrichtungen verstärkt auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Be-
1175 völkerung einstellen. Dabei ist die Angebotsstruktur so zu erweitern, dass sie die Le-
1176 bensumstände und -gewohnheiten und die Bedürfnisse der Senioren berücksichtigt.
1177 Die Verlagerung von Abend- auf Nachmittagsangebote (Theater, Oper, etc.) kann ein
1178 Weg sein.
 - 1179 ▪ Um den Erfahrungsschatz der Senioren in eine lebendige Bürgergesellschaft einzubin-
1180 den, wollen wir diese Erfahrungen – wie bereits auf dem Gebiet der Kultur – in den Be-
1181 reichen Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder auch in der Behindertenarbeit
1182 einbinden und nutzen. Der Dialog der Generationen sorgt dafür, dass es ein besseres
1183 Miteinander der verschiedenen Altersgruppen gibt. Wissen und Erfahrung sollen auf
1184 Neugierde und Wissensdurst treffen. Dies gilt es aus Sicht der CDU zu fördern.

1185

1186 **Menschen mit Behinderung - Zusammenleben in Augenhöhe!**

- 1187 Die CDU bekennt sich zur UN-Behindertenrechtskonvention und den dort verankerten
1188 Rechten. Unser Ziel ist die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft, in der jeder unge-
1189 achtet individueller Unterschiede oder Behinderung seinen Platz in der Gesellschaft findet.
1190 Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufgeschlossenheit bezüglich der Rechte behinderter
1191 Menschen zunimmt. Bei jeder Förderung gilt der Grundsatz, dass sich die Förderung an der
1192 Behinderung eines Menschen und nicht an der Einrichtung orientieren muss.

- 1193 ▪ Mit dem Ausbau der „Offenen Ganztagschule“ verstärkt sich die Zusammenarbeit von
- 1194 Schule, Kinder- und Jugendhilfe, gemeinwohlorientierten Einrichtungen und Organisati-
- 1195 onen aus Kultur und Sport sowie außerschulischen Partnern. Die CDU sieht darin die
- 1196 Chance, nach dem Wunsch der Eltern die Inklusion in Regel- oder Förderschulen zu för-
- 1197 dern.
- 1198 ▪ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist insbesondere für Familien mit behinderten
- 1199 Kindern von besonderer Bedeutung.
- 1200 ▪ Im Rahmen der Ausbildung von Tagesmüttern und –vätern müssen die Lehrpläne und
- 1201 Ausbildungsrichtlinien für Kinder mit Behinderungen angepasst werden.
- 1202 ▪ Die CDU plant die Errichtung eines barrierefreien Spielplatzes für Kinder mit Behinde-
- 1203 rung in jedem Stadtbezirk.
- 1204 ▪ Ziel der CDU ist es, mehr inklusive Ausbildungswege und Arbeitsplätze in Unterneh-
- 1205 men zu erreichen. Firmen, die behinderte Menschen fördern, sollten mit einem speziel-
- 1206 len sozialen Preis ausgezeichnet werden. Die CDU plädiert dafür, dass Mittel aus der
- 1207 Schwerbehindertenausgleichsabgabe vorrangig für die Eingliederung behinderter Men-
- 1208 schen in den allgemeinen Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Eingliederung darf nicht da-
- 1209 ran scheitern, dass Mittel aus der Abgabe für die Förderung von Einrichtungen verwen-
- 1210 det werden. Diese sind alternativ zu finanzieren.
- 1211 ▪ Werkstätten für Menschen mit Behinderung helfen diesen, durch berufliche und per-
- 1212 sönlichkeitsbildende Förderung, einen gleichberechtigten Platz in unserer Gesellschaft
- 1213 zu erlangen. Ziel ist es, über eine weitere Beteiligung am Werkstatteleben eine soziale
- 1214 Isolation im Alter auszuschließen.
- 1215 ▪ Die CDU will, dass barrierefreies Wohnen und Leben Standard in Dortmund werden. So
- 1216 ist z.B. bereits in der Planungsphase darauf zu achten, Wohnungen oder Einrichtungen
- 1217 der öffentlichen Infrastruktur ohne Barrieren zu planen.

1218
1219

Zuwanderung und Integration

- 1220
- 1221
- 1222 Dortmunds Geschichte war und ist geprägt durch Zuwanderung. Die Entwicklung des Berg-
- 1223 baus und der Stahlindustrie im letzten Jahrhundert wäre ohne eine Zuwanderung von Men-
- 1224 schen als Arbeitskräfte für die heimische Industrie undenkbar. Der verstärkte Zuzug von
- 1225 heimatvertriebenen Flüchtlingen nach dem zweiten Weltkrieg ist ein gutes Beispiel von
- 1226 gelungener Integration in Dortmund. Mitte des letzten Jahrhunderts kamen dann die ange-

1227 worbenen Gastarbeiter zu uns, von denen viele heute in dritter Generation ihre Heimat in
1228 Dortmund gefunden haben. Zu Beginn des laufenden Jahrhunderts ist ein verstärkter Zuzug
1229 von Bürgern der Europäischen Gemeinschaft feststellbar.

1230 Allen Menschen in Dortmund Teilhabe am Zusammenleben und Chancen auf allen Ebenen
1231 der Gesellschaft zu ermöglichen, betrachtet die CDU als ständigen Arbeitsauftrag. Im Mit-
1232 telpunkt unseres Strebens steht das von gegenseitigem Respekt geprägte friedliche Mitei-
1233 nander. Unumstößliche Grundlagen unseres Handelns sind die Menschenrechte, die Wer-
1234 teordnung des Grundgesetzes, die Aufklärung des Humanismus und das christliche Men-
1235 schenbild.

1236 Auf dieser Basis beinhaltet Integration für die CDU die gleichberechtigte Teilhabe von
1237 Menschen unterschiedlicher Herkunft am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen
1238 und politischen Leben in Dortmund. Voraussetzung dafür ist, dass Integration von beiden
1239 Seiten gewollt ist.

1240 Viele positive Beispiele von gelungener Integration prägen auch das Stadtbild von Dort-
1241 mund. Gastronomische Vielfalt, kulturelles Angebot und gemeinsame Tätigkeiten im Sport
1242 bieten vielseitige Begegnungsmöglichkeiten.

1243 ▪ Die CDU lehnt Bestrebungen zur Entstehung und Ausweitung von Parallelgesellschaf-
1244 ten eindeutig ab.

1245 ▪ Von grundlegender Bedeutung für eine erfolgreiche Integration und Schlüssel für die
1246 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ist das Erlernen der deutschen Sprache.

1247 ▪ Ziel der CDU ist es, den Menschen, die dauerhaft in unserer Stadt bleiben wollen eine
1248 Heimat zu geben. Dazu erwarten wir, dass Gesetze, Regeln und Verhaltensweisen ak-
1249 zeptiert und befolgt werden.

1250 ▪ Zuwanderer, die sich integrieren wollen, können ein echter Gewinn für die Zusammen-
1251 setzung der zukünftigen Bevölkerungsstruktur sein.

1252 ▪ Eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnt die CDU ab. Diejenigen, die
1253 nicht zum Zweck der Arbeitsaufnahme, sondern nur zur Erlangung von Sozialleistungen
1254 oder weil sie Straftaten begehen wollen, das Recht der Freizügigkeit missbrauchen,
1255 müssen durch die zuständigen kommunalen Stellen in ihre Heimatländer zurückverwie-
1256 sen werden.

- 1257 ▪ Im Schulunterricht muss sichergestellt werden, dass die verpflichtende Teilnahme am
1258 Sportunterricht und an Klassenfahrten konsequent umgesetzt wird.

1259

1260 **Zuwanderung aus Südosteuropa**

1261 Die Armutswanderung nach Dortmund stellt unsere Stadt vor große Aufgaben. Die Stadt
1262 Dortmund muss sich auf eine steigende Zahl der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien
1263 vorbereiten. Auf der einen Seite geht es um Hilfsmaßnahmen für die Zuwanderer, angefan-
1264 gen bei der Gesundheitsversorgung und der Erstaufnahme bis hin zu den richtigen Ansät-
1265 zen für eine gelingende Integration. Auf der anderen Seite geht es um eine klare Kampfan-
1266 sage gegenüber denjenigen, die aus dem Elend der Flüchtlinge Kapital schlagen wollen.
1267 Schleppertum, Ausbeutungsstrukturen (Wuchermieten; Lohndumping; Schwarzarbeit; Ar-
1268 beitsstrich, etc.) und deren Begleiterscheinungen, wie Prostitution, Kriminalität und über-
1269 füllte Wohnungen in verwahten Immobilien dürfen wir nicht akzeptieren. Ein enormes
1270 Problem stellt die Konzentration der Armutswanderung auf die Dortmunder Nordstadt dar.
1271 In Ausübung von Vorkaufsrechten mit Hilfe städtischer Gesellschaften müssen Problem-
1272 immobilien erworben, saniert und einer neuen Nutzung zugeführt werden.

1273 Die CDU hält an der beruflichen Freizügigkeit in Europa fest. Freizügigkeit darf aber nicht
1274 als Wahlfreiheit in Bezug auf die besten Sozialsysteme missverstanden werden. Der Flucht
1275 in die Sozialsysteme der Bundesrepublik tritt die CDU deutlich entgegen. Wir wollen das
1276 Ziel der Armutswanderung, die Dortmunder Nordstadt, mit diesen Problemen nicht alleine
1277 lassen und appellieren daher an alle staatlichen Ebenen, sich den Herausforderungen zu
1278 stellen. EU, Bund und Länder müssen die Probleme der konzentrierten Armutswanderung in
1279 Städte wie Dortmund anerkennen. Die CDU erwartet von der Landesregierung NRW ausrei-
1280 chende finanzielle Unterstützung für die Folgen dieser Sonderform der Zuwanderung. Wir
1281 begrüßen es, dass die CDU-geführte Bundesregierung die von Armutswanderung besonders
1282 betroffenen Kommunen wie Dortmund mit einer Aufstockung der Mittel für das Städtebau-
1283 förderprogramm „Soziale Stadt“ gezielt unterstützen wird. Die CDU fordert, für Zuwanderer
1284 aus der EU, die keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz und keine Sozialversicherung nach-
1285 weisen können, ein Wiedereinreiseverbot aussprechen zu können. Die Freizügigkeitsrichtli-
1286 nie muss entsprechend geändert werden.

1287 Die EU muss die Herkunftsländer in die Pflicht nehmen, die Lebensverhältnisse der Roma in
1288 Bulgarien und Rumänien nachhaltig zu verbessern und die Defizite im Bereich des Minder-

1289 heitenschutzes, der Diskriminierung und Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen abzubauen.
1290 Die Wurzeln der Armutsmigration werden gekappt, wenn es gelingt, den bislang ausgegrenzten und benachteiligten Menschen im Herkunftsland eine Zukunftsperspektive zu
1291 bieten. Die EU muss deshalb dafür sorgen, dass EU Mittel zur Integration von Minderheiten
1292 in Bulgarien und Rumänien zweckentsprechend verwendet werden.
1293

1294

1295 **Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber**

1296 Die Verlagerung der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in die jetzige Einrichtung in
1297 Dortmund-Hacheney ist suboptimal. Der Betrieb mitten in einem gewachsenen Wohngebiet bedeutet für Asylsuchende, Verwaltung und Anwohner eine große Herausforderung
1298 und fordert ein großes Maß an Toleranz aller Beteiligten. Die Stadt Dortmund hat sich dieser Herausforderung gestellt und ist damit seit 2008 ihrer Verantwortung als zweitgrößte
1299 Stadt NRW gerecht geworden.
1300
1301

1302 Die CDU hat sich bemüht, die Belastung für die Anwohner zu verringern, indem sie sich z. B.
1303 für eine neue Zufahrt zur Einrichtung, für die Inbetriebnahme einer Röntgenanlage direkt auf dem Gelände und zusätzliche Kontrollen des Umfeldes eingesetzt hat.
1304

1305 Die CDU will, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheney zum Ende der vertraglichen
1306 Bindung im Jahr 2021 aufgegeben wird. Sie fordert die Landesregierung schon jetzt auf, weitere Einrichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere im Rheinland zu schaffen
1307 und für die Erstaufnahmeeinrichtung einen anderen Standort zum Vertragsende unter Vertrag zu nehmen. Das derzeitige Gelände soll einer Wohnungsbaunutzung zugeführt werden.
1308
1309

1310

1311

1312 **Zukunft durch Bildung**

1313 In einer globalen Wissensgesellschaft spielen Bildung und Wissen eine immer weiter wachsende Rolle. Diese Ressourcen zu fördern und allen Menschen zugänglich zu machen, sind
1314 vorrangige Ziele der CDU Dortmund. Dabei spielt auch der Ausbau von qualifizierten Betreuungseinrichtungen für Kinder eine entscheidende Rolle.
1315
1316

- 1317 ▪ Wir wollen den Ausbau der qualifizierten U3-Betreuung und ein vielseitiges Schul- und
1318 Ausbildungswesen mit hoher Qualität.

- 1319** Die CDU setzt sich für die Realisierung schulischer und beruflicher Chancengerechtigkeit
1320 ein. Chancengerechtigkeit bedeutet für uns, dass sich jedes Kind gemäß seiner individuellen
1321 Veranlagung entwickeln kann.
- 1322** ▪ Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Ziel ist es, jedem
1323 Kind mit Sprachdefiziten frühzeitig das notwendige Maß an individueller Sprachförde-
1324 rung zukommen zu lassen.
- 1325** ▪ Die CDU setzt sich daher für den Erhalt der bestehenden Schulformen ein, weil wir der
1326 Pluralität der Schüler Rechnung tragen wollen.
- 1327** ▪ Für uns hat die wohnortnahe Schule mit kleinen Klassen Vorrang vor großen zentralen
1328 Systemen. Wir wollen grundsätzlich wohnortnahe Schulen und hier insbesondere
1329 Grundschulen sichern und stärken. Für uns gilt nach wie vor die Devise: „kurze Beine –
1330 kurze Wege“!
- 1331** ▪ Die CDU setzt sich aufgrund der hohen Nachfrage klar für eine Ausweitung des Platz-
1332 angebotes in den Ganztagschulen ein.
- 1333** ▪ Wir wollen Schulen, die allen Kindern eine größtmögliche persönliche Entfaltung er-
1334 möglichen und gleichzeitig Bildung auf hohem Niveau vermitteln. Deshalb ist es unser
1335 Ziel, Sportvereine und Musikschulen in den Nachmittagsunterricht zu integrieren. Wir
1336 wollen, dass alle Kinder in Ganztagschulen mittags eine warme Mahlzeit bekommen.
1337 Für sozial schwache Familien stellen wir finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln
1338 und Haushaltsmitteln der Stadt bereit.
- 1339** ▪ Die CDU wird die musikalische Unterrichtung von Kindern, insbesondere im Primarbe-
1340 reich, weiter fördern. Neben der Fortsetzung des Landesprogramms „Jedem Kind ein
1341 Instrument“ sind in jeder Jahrgangsstufe Theater-, Konzert- und Museumsbesuche un-
1342 erlässlich.
- 1343** ▪ Erfolgreiche Bildung und Erziehung erfordern attraktive Schulgebäude, zu denen auch
1344 eine angemessene Ausstattung der Schulen mit Material gehört. Die CDU hat dafür ge-
1345 sorgt, dass Dortmund, mehr als jede andere Kommune im Land NRW, in den Schulbau
1346 investiert hat. Die Schließung lang- und mittelfristig obsoleter Schulstandorte (auf-
1347 grund zurückgehender Schülerzahlen) ist allerdings für uns kein Tabuthema! Leergezo-
1348 gene Schulgebäude müssen schnell vermarktet und die Flächen einer neuen Nutzung

- 1349 zugefügt werden. Die CDU wird dafür sorgen, dass alle Pavillonbauten in der nächsten
1350 Wahlperiode durch feste Anbauten ersetzt werden.
- 1351 ▪ Pluralität im Bildungsangebot heißt für die Zukunft, dass weiterhin alle Schulformen in
1352 Dortmund angeboten werden sollen. Der Elternwille bei der Schulauswahl besitzt für
1353 die CDU hohe Priorität. Dies betrifft insbesondere auch die Hauptschulen. Dortmund
1354 verfügt über eine hohe Anzahl von Realschulen mit einem hervorragenden Ruf. Dies
1355 zeigt sich auch an den Zahlen der Neuanmeldungen. Die CDU setzt sich deutlich dafür
1356 ein, diese Schulform nicht durch Diskussionen um mögliche Zusammenlegungen mit
1357 Hauptschulen zu verunsichern oder zwangsweise in Sekundarschulen umzuwandeln.
1358 Sekundarschulen dürfen nur dort gegründet werden, wo andere Schulen – aus Mangel
1359 an Schülern – nicht mehr lebensfähig sind.
- 1360 Für die Gymnasien in unserer Stadt haben wir uns folgende Ziele bis 2020 gesetzt:
- 1361 ▪ Steigerung der Quote der Abiturienten in Dortmund auf den Bundesschnitt
- 1362 ▪ Erhöhung der Anzahl der Gymnasien mit bilingualen Zweigen
- 1363 ▪ Förderung von hochbegabten Kindern und Jugendlichen
- 1364 ▪ Durch eine zeitlich begrenzte Förderung des Bundestages war es möglich, Schulsozial-
1365 arbeiter zur Unterstützung der Lehrer und der Schule einzustellen. Wir fordern von der
1366 Landesregierung NRW, die die alleinige Zuständigkeit für den Schulbereich nach dem
1367 Grundgesetz hat, dies aus Mitteln des Landes weiter zu führen.
- 1368 ▪ Die CDU will in der Inklusion die bestmögliche Form der Förderung von Kindern mit
1369 Einschränkungen. Ihre Integration in den Regelschulbetrieb ist ein erstrebenswertes
1370 Ziel, das stark von Vorgaben der Landesregierung NRW abhängt. Die Teilnahme dieser
1371 Kinder an der Ausbildung an Regelschulen ist nur möglich mit der Zuweisung des Lan-
1372 des von entsprechenden Sonderpädagogen und der Bereitstellung ausreichender Fi-
1373 nanzmittel für entsprechende Umbaumaßnahmen. Es gilt das „Konnexitätsgebot“.
1374 Wenn die Kommunen die Aufgabe für das Land NRW übernehmen sollen, müssen sie
1375 die dafür notwendigen Finanzmittel von der Landesregierung erhalten. Die bestehen-
1376 den Förderschulen haben bisher gute Arbeit geleistet. Auch hier muss ein ausreichen-
1377 des Angebot erhalten bleiben, um Wahlmöglichkeiten der Eltern zu sichern.
- 1378 ▪ Weniger Schulabbrecher, mehr Jugendliche in Berufsausbildung, mehr Abiturienten
1379 sind unsere Ziele für die Zukunft!

- 1380 ▪ Die CDU wird alle Versuche der Landesregierung NRW bekämpfen, den Dortmunder
1381 Hochschulen bisher durch das Hochschulfreiheitsgesetz eingeräumte Möglichkeiten
1382 wieder zu nehmen.⁴

1383

1384 **Bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt**

1385 Wir wollen das Engagement für Dortmund unterstützen! Die vorhandenen Strukturen und
1386 die Kultur des Bürgerengagements sollen in unserer heutigen Stadtgesellschaft weiter ge-
1387 pflegt und gefördert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen weiter ermutigt werden, durch
1388 die Mitgestaltung unserer demokratischen Gesellschaft einem egoistischen Anspruchsden-
1389 ken, der „Ohne-mich“-Haltung entgegenzuwirken. Besonders die Jugend soll motiviert wer-
1390 den, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglich-
1391 keiten die ehrenamtliche Tätigkeit in allen gemeinnützigen Bereichen fördern, z.B.:

- 1393 ▪ im Sport durch eine gute Sportinfrastruktur und zielgerichtete Vereinsförderung,
1394 ▪ im Bereich der Förderung von Menschen mit Behinderungen durch die konsequente
1395 Beseitigung aller Barrieren,
1396 ▪ im Kulturbereich durch Ermutigung und organisatorischer Unterstützung ehrenamtli-
1397 cher Strukturen,
1398 ▪ im Sozialbereich durch die zuverlässige, nachhaltige finanzielle Förderung von Organi-
1399 sationen und Projekten sowie durch fachliche Beratung und Unterstützung,
1400 ▪ durch Schulung von Helfern in der Arbeit mit und für ältere Menschen, Freizeit- und
1401 Serviceangebote,
1402 ▪ Einführung einer Fortbildung bzw. Ausbildung zum „Ehrenamtsmanager“. Wer heute ehrenamtlich im Verwaltungsbereich von Vereinen tätig wird, muss häufig
1403 umfassende Kenntnisse im rechtlichen Bereich, in Bürokommunikation, Arbeitsorgani-
1404 sation und Marketing besitzen. Hier gilt es verstärkt Fortbildungen anzubieten.
1405 ▪ in den Kirchen durch Anerkennung und Kooperation.
1406 ▪ Unterstützung von Vereinen und Institutionen bei der Einrichtung von Mitwirkungs-
1407 möglichkeiten für Jugendliche.
1408

⁴ vgl. Seite 26

- 1409** ▪ Die CDU setzt sich für eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Dortmund
1410 ein, um neuartige Formen der ehrenamtlichen Arbeit zu entwickeln, damit auch künftig
1411 die jeweiligen Notwendigkeiten rechtzeitig gesehen werden.
- 1412** ▪ Die für eine lebendige, demokratische Bürgergesellschaft unverzichtbare Arbeit der
1413 Stiftungen soll weiter gefördert werden.
- 1414** ▪ Einführung der Ehrenamts-card,
- 1415** ▪ Bürgerschaftliches Engagement soll durch öffentliche Ehrungen mehr Anerkennung
1416 erfahren.
- 1417**

1418 Lebenswertes Dortmund

1419

1420 Kultur macht Dortmund lebenswert

1421 Ein gutes und vielfältiges Kulturangebot stärkt die Lebensqualität in unserer Stadt. Kulturelle

1422 Vielfalt ist Ausdruck urbanen Lebens. Kulturelle Attraktivität ist ein wichtiger Standort-

1423 faktor. Eine interessante Kulturlandschaft strahlt über die Stadtgrenzen hinaus, wirbt für

1424 unsere Stadt, macht Dortmund lebenswert und zieht Gäste an, stärkt Dortmund im Wett-

1425 bewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und um die besten Köpfe. Wir hoffen, dass

1426 sich die Kreativwirtschaft in Dortmund zu einer Zukunftsbranche mit Wachstums- und Be-

1427 schäftigungspotential entwickeln kann.

1428 Die CDU fördert und fordert die kulturellen Aktivitäten unserer Stadt. Das Spannungsfeld

1429 zwischen Kulturförderung und unumgänglichen Zielen der Haushaltskonsolidierung ist eine

1430 Herausforderung für Stadt und Gesellschaft. Wir stellen uns der besonderen Verantwor-

1431 tung, die Dortmund als kulturellem Oberzentrum einer ganzen Region zuwächst. Die CDU

1432 will das kulturelle Profil Dortmunds schärfen, die Qualität stärken und Potentiale ausschöp-

1433 fen. Die „freie Kulturszene“ ist besonders förderungswürdig. Sie leistet neben ihrer künstle-

1434 rischen Bedeutung in Dortmund einen wichtigen Beitrag für alle Bürger.

1435 Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut einiger weniger Privilegierter sein. Die Teilhabe aller

1436 an der Kultur muss gewährleistet sein, weil sie die Entwicklung der Stadtgesellschaft be-

1437 fruchtet. Eine wichtige Zukunftsaufgabe besteht darin, Kinder und Jugendliche frühzeitig an

1438 die Ästhetik und kulturellen Werte von Vergangenheit und Zukunft heranzuführen. CDU

1439 will das Kulturbewusstsein stärken und kulturelles Engagement unterstützen und anerken-

1440 nen.

1441 Kultur findet nicht nur in der Dortmunder Innenstadt statt. Den kulturellen Reichtum unse-

1442 rer Stadt begründen vielmehr auch die zahlreichen Kulturangebote in den Stadtteilen.

1443 ▪ Zur bestmöglichen Entfaltung der künstlerischen und kulturellen Potenziale in unserer

1444 Stadt fordern wir die Erarbeitung eines „Kulturentwicklungsplanes“. Dieser soll die

1445 Dortmunder Kulturpolitik strategisch ausrichten. Der Kulturentwicklungsplan soll die

1446 gegenwärtige Kulturlandschaft in Dortmund erfassen und analysieren, Chancen und

1447 Möglichkeiten beschreiben und Ziele formulieren und letztendlich konkrete Maßnah-

1448 men und Projekte zur Umsetzung vorschlagen. So erhält die Kulturpolitik einen zu-

- 1449 kunftsorientierten Kompass für die Schaffung idealer Bedingungen. Anstöße dazu bie-
- 1450 tet der Masterplan „Kreatives Dortmund“.
- 1451 ▪ Wir wollen Dortmunds Profil als „Stadt der Musik“ weiterentwickeln.
- 1452 ▪ Wir freuen uns über die Entwicklung der Chorakademie zu einer der größten Singschu-
- 1453 len Europas. Wir unterstützen den Umzug der Chorakademie in Nachbarschaft zum
- 1454 Konzerthaus im „Brückstraßenviertel“. Zur Förderung musikalischer Exzellenz soll das
- 1455 Orchesterinstitut NRW mit dem Konzerthaus und der Chorakademie zusammenarbei-
- 1456 ten.
- 1457 ▪ Wir wollen Kinder und Jugendliche frühzeitig fördern und unterstützen deshalb die Ko-
- 1458 operation von Schulen und kulturellen Einrichtungen. Die CDU fordert einen „Entwick-
- 1459 lungsplan Schule und Museen“. In diesem sollen Projekte musealer Bildungsarbeit fest-
- 1460 gelegt werden. Wir wollen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur durch fami-
- 1461 lienfreundlicher gestaltete Eintrittspreise zu öffentlich geförderten Kulturinstitutionen
- 1462 erleichtern. Dies könnte in noch mehr Einzelfällen als heute auch durch einen freien
- 1463 Eintritt für Kinder und Jugendliche gewährleistet werden, ohne die Kulturangebote zu
- 1464 „entwerten“.
- 1465 ▪ Die CDU befürwortet grundsätzlich die Errichtung der „Jungen Bühne Westfalen“ in
- 1466 unmittelbarer Nachbarschaft zu Opern- und Schauspielhaus. Zentralität der Lage und
- 1467 die Nähe zum Opern- und Schauspielhaus führen zu einer sichtbaren Aufwertung, die
- 1468 der Bedeutung des Kinder- und Jugendtheaters und der Kinderoper entsprechen. Die an
- 1469 einem Standort vereinten Sparten des Theaters werden dadurch erhebliche Synergien
- 1470 in Werkstatt und Verwaltung erfahren. Im Vorfeld der Entscheidung erwarten wir eine
- 1471 belastbare Kosten- und Finanzierungsplanung. Umfang und Zeitpunkt der Realisierung
- 1472 müssen sich zwingend an der Finanzlage der Stadt orientieren.
- 1473 ▪ Die CDU bekennt sich zur Bedeutung des Theaters mit allen Sparten (Oper, Kinderoper,
- 1474 Philharmonisches Orchester, Ballett, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater). Wir wol-
- 1475 len, dass die künstlerische Spitzenqualität gehalten und weiter gesteigert wird. Um dies
- 1476 zu erreichen, wollen wir Kontinuität, insbesondere Finanz- und Planungssicherheit,
- 1477 auch in Zeiten schwieriger städtischer Haushaltslagen. Synergieeffekte durch inter-
- 1478 kommunale Zusammenarbeit sind verstärkt zu nutzen. Die CDU unterstützt die bauli-
- 1479 che Instandsetzung des Theaters, insbesondere des Opernhauses.
- 1480 ▪ Die Innenstadt und die Stadtteilzentren sind mehr als nur Handelsplätze. Wir wollen
- 1481 mehr Kunst im öffentlichen Raum durch stärkere Nutzung der Innenstadt und der

- 1482 Stadtteilzentren als Plätze für Skulpturen und Installationen (z. B. eine „Säule der Part-
1483 nerstädte).
- 1484 ▪ Dem erfolgreichen Beispiel anderer Städte folgend, möchten wir die Idee eines „Dort-
1485 munder Kunstsommers“ wieder aufgreifen. Mit Workshops, Ausstellungen und Projek-
1486 ten im öffentlichen Raum wird Kultur im Rahmen eines Kunstsommers für jedermann
1487 präsent und „greifbar“.
- 1488 ▪ Wir möchten das Interesse an privater Kulturförderung stärken. Bürgerschaftliches En-
1489 gagement und private Unterstützung sind für den Erhalt und die Weiterentwicklung ei-
1490 ner lebendigen und vielfältigen Kultur in unserer Stadt unerlässlich. Nicht als Ersatz öf-
1491 fentlicher Förderung, sondern als Ergänzung. Wir unterstützen das Engagement von
1492 Mäzenen, Stiftern und Sponsoren, damit diese der kulturellen Szene Glanzlichter auf-
1493 setzen, das Spektrum kulturellen Schaffens erweitern und kulturelle Angebote erhalten.
1494 Die Kulturstiftung Dortmund, der Verein „proKultur“ oder Verein der Theater und Kon-
1495 zertfreunde sind gute Beispiele. Für die CDU ist kulturelle Bürgerbeteiligung an kultu-
1496 rellen Projekten auch in der Form von Bürgeranleihen oder Kulturgenossenschaften
1497 vorstellbar.
- 1498 ▪ Die CDU regt an, die Eigenverantwortung städtischer Kultureinrichtungen zu stärken,
1499 ihnen mehr Selbständigkeit zu geben und neue Handlungsspielräume zu eröffnen. Wir
1500 wollen den Kultureinrichtungen geistige Freiräume schaffen, indem sie ein Stück weit
1501 von bestehenden Sachzwängen und Nützlichkeitsabwägungen befreit werden. Es ist zu
1502 prüfen, ob einzelnen Einrichtungen der Betrieb in einer anderen Rechtsform einen
1503 Schub verleihen kann. In Betracht kommen könnte der Betrieb des Theaters in der
1504 Rechtsform einer GmbH oder die Überführung des Dortmunder U in eine privatrechtl-
1505 iche Stiftung auf Basis einer privat-öffentlichen Partnerschaft.
- 1506 ▪ Die CDU fordert, schnellstmöglich eine Intendanz für das Dortmunder U einzusetzen.
1507 Das Dortmunder U braucht ein erkennbares Profil, die Aktivitäten des Hauses müssen
1508 mit den unterschiedlichen Verantwortlichen koordiniert werden. Zur Entlastung des
1509 städtischen Haushalts sind neue Wege der Finanzierung des Dortmunder U anzustre-
1510 ben. Die Intendanz soll zugleich die Leitung des Museums am Ostwall übernehmen. Im
1511 Museumsbereich sollen mindestens zwei große Ausstellungen pro Jahr organisiert wer-
1512 den. Als permanente Ausstellung soll verstärkt auf die vorhandenen, aber lange nicht
1513 mehr gezeigten Bestände des Museums Ostwall zurückgegriffen werden.

- 1514
- 1515
- 1516
- 1517
- 1518
- 1519
- 1520
- 1521
- 1522
- 1523
- 1524
- 1525
- 1526
- 1527
- 1528
- 1529
- 1530
- 1531
- 1532
- 1533
- 1534
- 1535
- 1536
- 1537
- 1538
- 1539
- Die CDU erwartet, dass die Dortmunder Museen den intensiven Austausch mit internationalen Partnermuseen pflegen, um ein anspruchsvolles weltoffenes Programm zu realisieren.
 - Wir wollen aufgreifen, was unserer Region im Kulturhauptstadtjahr viel öffentliche Aufmerksamkeit gebracht hat. Wir möchten den kulturellen Austausch mit den Nachbarkommunen im Ruhrgebiet ausbauen und gemeinsame Initiativen entwickeln.
 - Die CDU fordert ein verbessertes Kulturmarketing und die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie. Die kulturtouristischen Potentiale im Umland Dortmunds werden nur unzulänglich ausgeschöpft. Die CDU möchte insbesondere ein Medium, das als „Dortmunder Kulturkalender“ alle Kulturveranstaltungen in unserer Stadt tagesaktuell ausweist und bewirbt.
 - Die Förderung des Kulturaustausches in Form von Gastspielen, Stipendien und Kooperationen mit unseren Partnerstädten sind der CDU ein Anliegen.
 - Industriedenkmale stellen einen wichtigen Aspekt der Erinnerungskultur des Ruhrgebietes dar. Wenn die Entscheidung für den Erhalt eines Industriedenkmals gefallen ist, so ist dieses in einem dauerhaft guten Zustand und für die Nachwelt erlebbaren Zustand zu erhalten. „Erhaltung“ mit dem Ziel des Verfalls lehnt die CDU ab. Ansonsten sollten Flächen mit Gebäuden, die nicht dauerhaft erhalten werden können, für andere Zwecke, insbesondere für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt werden (z. B. Kokerei Hansa). Ausschließlich zu letzterem Zweck sollen Städtebauförderungsmittel in die Flächen investiert werden.
 - Wir unterstützen die Forderung, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Bund und Länder müssen Kommunen in die Lage versetzen, ihren Aufgaben im kulturellen Bereich nachzukommen.

1540 Starker Sport – starke Stadt

1541 Fast 600 Dortmunder Sportvereine und die in ihnen ehrenamtlich engagierten Frauen und
 1542 Männer leisten Enormes für unsere Stadtgesellschaft: Sie stärken den Zusammenhalt unse-
 1543 rer Gesellschaft. Bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie der
 1544 Inklusion von Menschen mit Behinderung leisten sie unersetzliche Beiträge zur gesell-
 1545 schaftlichen Teilhabe. Sie dienen der Gesundheitsvorsorge. Sie leisten Jugendarbeit. Sie
 1546 vermitteln Tugenden wie Fairness, Toleranz, Ausdauer, Leistungswillen und Zielstrebigkeit.
 1547 Das breite Sportangebot ist maßgeblicher Faktor für die Lebensqualität unserer Stadt. Die
 1548 Förderung des Sports in Breite und Spitze ist der CDU deshalb ein besonderes Anliegen.

1549 ▪ Die CDU fordert für unsere Stadt einen „Sportentwicklungsplan“ als Grundlage für die
 1550 künftige Entwicklung des Sportangebotes, der Sportstätten und der Organisation des
 1551 Sports. Eine gründliche Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse soll helfen, die Sport-
 1552 strukturen unserer Stadt an die veränderten Anforderungen und Rahmenbedingungen
 1553 anzupassen. Der demografische Wandel, das wachsende Ganztagsangebot der Schulen,
 1554 Inklusion und Integration sowie das veränderte Freizeit- und Gesundheitsverhalten
 1555 müssen darin Berücksichtigung finden.

1556 ▪ Die CDU hält es angesichts der sich ändernden Anforderungen an den Sport für not-
 1557 wendig, die Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Dortmund aus dem Jahr 2005
 1558 zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Die von den Sport- und Freizeitbe-
 1559 trieben und dem Stadtsportbund angeregte und vom Rat der Stadt Dortmund beschlos-
 1560 sene Gründung einer „Sportstiftung“ zur Förderung des Leistungssportes und seines
 1561 Nachwuchses sollte nicht aufgegeben werden und in Vergessenheit geraten.

1562 ▪ Schon im frühen Kindesalter sollten Sport und Bewegung angeregt werden. Deshalb ist
 1563 uns die Bewegungsförderung in Kindertageseinrichtungen ein wichtiges Anliegen. Eine
 1564 gute Grundlage bietet das vom Landesportbund NRW und der Sportjugend NRW ent-
 1565 wickelte Konzept für „Anerkannte Bewegungskindergärten“. Darauf aufbauend möch-
 1566 ten wir verstärkt Kooperationen zwischen Sportvereinen und Kindergärten mit städti-
 1567 schen Mitteln fördern.

1568 ▪ Wir wünschen uns, dass Kinder früh die Vielfalt des sportlichen Angebots kennenler-
 1569 nen. Sie sollen die Chance haben, in verschiedene Sportarten „hineinzuschnuppern“,
 1570 ohne sich gleich festlegen zu müssen und die Mitgliedschaft in einem Verein erwerben
 1571 zu müssen. Daher spricht sich die CDU für eine Ausweitung des vom Stadtsportbund
 1572 ausgegebenen „Sportgutscheines für Erstklässler“ aus. Das kostenlose Schnupperange-

- 1573 bot der teilnehmenden Vereine, sollte sich an die Erst- und Zweitklässler richten und zu
 1574 Beginn eines jeden Schulhalbjahres für die Dauer des Schulhalbjahres erneuert werden
 1575 (statt heute 6 Monate). So bekämen die Schüler die Gelegenheit, in den ersten beiden
 1576 Schuljahren vier Sportarten auszuprobieren.
- 1577 ▪ Der Ganztagschulbetrieb und die Schulzeitverkürzung an Gymnasien (G8) stellen die
 1578 Sportvereine bei der Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsförderung vor große Her-
 1579 ausforderungen. Die CDU will Vereine und Schulen dabei unterstützen, Kooperationen
 1580 auszubauen und zu qualifizieren. Die Stadt muss diesen Prozess moderieren und an-
 1581 schieben, indem sie Schulen und Sportvereine auf Stadtbezirksebene an einem Tisch
 1582 zusammenbringt. Ziel ist es, ein vielfältiges Bewegungsangebot an Schulen zu schaffen,
 1583 das bei Schülern das Interesse für Sport weckt.
 - 1584 ▪ Talentsichtung, Talentförderung und Talentbindung müssen durch die gezielte Zusam-
 1585 menarbeit von Vereinen und Schulen intensiviert werden. Wir möchten Vereine und
 1586 Schulen dabei unterstützen, nach dem Vorbild der „Talentstützpunkte“ der Sportfach-
 1587 verbände (Programm „Leistungssport 2020 – Förderung von Eliten und Nachwuchs in
 1588 NRW, Teilkonzept Talentsuche und Talentförderung“) gezielt Kooperationen zur sys-
 1589 tematischen Talentförderung einzugehen. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den
 1590 Grundschulen.
 - 1591 ▪ Ausdruck und Aushängeschild der Sportstadt Dortmund sind die hier angesiedelten
 1592 Stützpunkte zur Förderung des Spitzensportes und die an ihnen trainierenden Sportler.
 1593 Dortmund darf stolz sein, in vielen Disziplinen Heimat des Spitzensports zu sein. Die
 1594 CDU ist an der Weiterentwicklung des Olympiastützpunktes Westfalen, der Bundes-
 1595 stützpunkte, der Sportleistungszentren und Sportleistungsstützpunkte interessiert. Wir
 1596 möchten, dass die Leistungsstützpunkte in Dortmund möglichst optimale Rahmenbe-
 1597 dingungen vorfinden.
 - 1598 ▪ Vereine, die sich in besonderer Weise um Integration und Inklusion bemühen, sollen
 1599 mit zusätzlichen finanziellen Mitteln gefördert werden. Nicht fördern werden wir die
 1600 weitere Entstehung geschlossener ethnischer Sportgruppen und Vereine.
 - 1601 ▪ Wir wollen das sportliche Ehrenamt stärken. Immer mehr Vereine stehen vor dem Prob-
 1602 lem, Freiwillige für Leitungs- und Vorstandsfunktionen zu gewinnen. Die CDU möchte
 1603 den Einstieg in die ehrenamtliche Vereinsarbeit mit einer aus städtischen Mitteln fi-
 1604 nanzierten Motivationskampagne und Qualifizierungsoffensive des Stadtsportbundes
 1605 erleichtern.

- 1606 ▪ Aktiv fördern wollen wir auch den nicht vereinsgebundenen, selbstorganisierten Sport.
- 1607 Mit dem möglichst unterbrechungsfreien Ausbau von „Sportwegen“ für Läufer, Inline-
- 1608 Skater und Radfahrer, der Förderung öffentlicher Sport(kurs)angebote in Zusammenar-
- 1609 beit mit Partnern, wie der VHS, dem Stadtsportbund und den Familienbildungsstätten,
- 1610 und offenen Spiel- und Freizeitplätzen möchten wir auf die Bedürfnisse dieser Sportler
- 1611 eingehen.
- 1612 ▪ Die CDU möchte die Dortmunder Sportanlagen in attraktivem Zustand erhalten und sie
- 1613 erforderlichenfalls qualitätssteigernd sanieren und modernisieren. Ein wichtiges Anlie-
- 1614 gen ist uns die energetische Sanierung der Sportstätten. Darüber hinaus wollen wir
- 1615 Dortmunds Sportstätten barrierefrei gestalten, damit auch Menschen mit Behinderung
- 1616 und ältere Menschen an der „Sportstadt Dortmund“ teilhaben können.
- 1617 ▪ Die CDU setzt sich für wohnortnahe Sportanlagen, den Sportplatz „um die Ecke“ ein.
- 1618 Bei der Errichtung von Sportstätten sind Umweltauswirkungen zu minimieren. Die
- 1619 Bundesregierung ist gefordert, den Konflikt zwischen Lärmschutz der Anwohner und
- 1620 den Interessen des Sportbetriebs sachgerecht zu regeln. Die geltenden Vorschriften
- 1621 gehören auf den Prüfstand.
- 1622 ▪ Die CDU will die Fortführung und zügige Umsetzung des Kunstrasenprogramms über
- 1623 2014 hinaus. Zusätzlich zum laufenden Programm wollen wir Vereinen, die in Eigenre-
- 1624 gie bauen, ab 2014 Finanzhilfen für maximal 20 Jahre zur Verfügung stellen. Gute Fi-
- 1625 nanzierungsgrundlagen fördern Eigeninitiative und bürgerschaftlichen Einsatz. Bevor-
- 1626 zugt werden sollen Vereine die kooperieren oder fusionieren. Seitens der Stadt soll als
- 1627 Anschubfinanzierung für das neue Kunstrasenprogramm ein Teil der Mittel zur Verfü-
- 1628 gung gestellt werden, die bisher für die Pflege und Unterhaltung der Tennenplätze auf-
- 1629 gewendet wurden. Die Grundinstandsetzung von Tennenplätzen ist im Einzelfall zu
- 1630 prüfen. Ascheplätze sind ein Auslaufmodell. Die Zukunft gehört dem Kunstrasen.
- 1631 ▪ Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es Sportvereinen ermöglichen, ihre
- 1632 Sportstätten eigenverantwortlich zu betreiben (u. a. durch Betriebskostenzuschüsse;
- 1633 Stadt trägt Instandhaltungslast für „Dach und Fach“).
- 1634 ▪ Notwendig ist ein transparentes und effektives Hallenmanagement, um die bestehen-
- 1635 den Kapazitäten optimal auszunutzen.
- 1636 ▪ Wir wollen, dass in Dortmund Sportereignisse mit Strahlkraft über Dortmund hinaus
- 1637 einen Platz haben. Die CDU sieht den Bedarf für eine moderne und gut ausgestatte
- 1638 Ballsporthalle. Chancen und Wege ihrer Realisierung sollten geprüft werden. Zu den-

- 1639 ken ist auch an eine Multifunktionshalle, in der neben Großsportveranstaltungen auch
1640 Konzerthighlights stattfinden könnten.
- 1641 ▪ Unser Ziel ist es, Frei- und Hallenbäder durch Übertragung, ehrenamtliches Engage-
1642 ment und privat-öffentliche Partnerschaften möglichst zu erhalten.
- 1643 ▪ Wir möchten die bessere Vernetzung und Kooperation der wesentlichen Einrichtungen
1644 und Organisationen des Sports in Dortmund vorantreiben. Der Sport in Dortmund ge-
1645 winnt, wenn Sportinstitutionen, wie die Sport- und Freizeitbetriebe, der Stadtsport-
1646 bund, der Olympiastützpunkt Westfalen, das Institut für Sport und Sportwissenschaft
1647 (TU Dortmund) sowie das Sportgymnasium verstärkt miteinander kooperieren.
- 1648 ▪ Der Revierpark Wischlingen (RPW) hat sich im Vergleichszeitraum in Bezug auf Besu-
1649 cherfrequenz (+ 28 %) und Ertragslage deutlich besser entwickelt als die übrigen Re-
1650 vierparks des RVR (- 33 %).
- 1651 Bestrebungen des RVR zur Verschmelzung aller Revierparks und Eingliederung unseres
1652 Freizeitangebots in eine RVR-gesteuerte Holdingstruktur mit dem Verlust örtlicher
1653 Steuerungskompetenz lehnen wir ab. Wir wollen die Sicherung und weiteren Ausbau
1654 der bislang in Wischlingen erreichten Verbesserungen und den Erhalt unseres Freizeit-
1655 parks als eigene GmbH – in eigener Regie! Die angestoßenen Bemühungen zu weiterer
1656 Optimierung und Verzahnung der RPW-GmbH mit dem Eigenbetrieb Sport- und Frei-
1657 zeitbetriebe unterstützen wir. Zu vertiefen ist insbesondere die Kooperation und Ab-
1658 stimmung beim Bäderbetrieb, bei der Bewirtschaftung der Parks sowie beim Manage-
1659 ment der Veranstaltungen.
- 1660

1661 **Umwelt und Energiewende in Dortmund**

1662
1663 Umweltschutz ist gerade für uns Christdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Die Bewah-
1664 rung der Schöpfung ist eine der politischen Kernaufgaben, bei der es neben der Erhaltung
1665 des natürlichen Lebensraums auch um eine damit in Einklang stehende, lebenswerte Ge-
1666 staltung des menschlichen Umfelds geht. Speziell die Vermeidung von Risiken für die Ge-
1667 sundheit und die Erhaltung der uns geschenkten Natur steht in zunehmender Verantwor-
1668 tung kommunaler Politik. Der Respekt vor der Schöpfung und ihre Bewahrung ist eine
1669 Kernaufgabe. Dortmund ist eine Stadt mit einem hohen Anteil an Grün-, Wiesen- und Wald-
1670 flächen. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Projekte tragen ganz erheblich da-
1671 zu bei, diesen Naturschatz zu bewahren. Dazu zählt u.a. die Renaturierung der Emscher, die
1672 auf Dortmunder Stadtgebiet weitgehend abgeschlossen ist. Dazu zählt mit dem Phoenixsee
1673 ebenfalls ein Projekt, das einen neuen Ökoraum schafft und Flora und Fauna eine neue
1674 Heimat bietet. Die zahlreichen Gartenbauvereine in Dortmund liefern einen wichtigen Bei-
1675 trag dazu, den hohen Anteil an Grünflächen an der gesamten städtischen Fläche konstant
1676 zu halten. Sie bieten, gerade in stark verdichteten städtischen Bereichen, neben ihren posi-
1677 tiven sozialen Aspekten, wichtige Inselfunktionen der Ökologie. Für uns gilt grundsätzlich
1678 weiterhin der Maßstab "Flächenrecycling vor Flächenverbrauch". Deshalb fordern wir den
1679 Erhalt landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges Anlie-
1680 gen. Wir wollen das Tierschutzbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken. Tier-
1681 schutz ist dann am wirkungsvollsten, wenn Politik und verantwortungsvolles Handeln des
1682 Einzelnen zusammenkommen.

1683 Umweltpolitik betreiben wir nicht aus ideologischem Antrieb sondern aus der Erkenntnis,
1684 dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen möchten. Die
1685 vielfältigen Belastungen von Luft, Boden und Wasser müssen erkannt und so weit wie mög-
1686 lich reduziert werden. Die CDU setzt dabei weniger auf Verbote der zugehörigen Aktivitä-
1687 ten, als auf den beschleunigten Einsatz intelligenter, energiesparender und emissionsver-
1688 meidender Technik. Umweltverschmutzung dulden wir nicht. Wir fordern die grundlegende
1689 und umfassende Sanierung des Envio-Geländes. Wir sprechen uns dafür aus, dass der Ver-
1690 ursacher die Kosten trägt und nicht die Stadtkasse.

1691
1692 Dortmund soll aktiver Motor der Energiewende im kommunalen Raum werden. Wir befür-
1693 worten die Fokussierung der Geschäftsentwicklung von DEW und DSW im Bereich der re-

- 1694** generativen Energien. Neben der Energieerzeugung, die zukünftig dezentraler ausgestellt
1695 sein wird, spielt die Energieeffizienz eine große Bedeutung. Es muss daher sichergestellt
1696 sein, dass es für die Dortmunder Bürger ausreichend Anlaufstellen für eine unabhängige
1697 Energieberatung gibt. Wir wollen die Bürger zu Beteiligten der Energiewende machen in-
1698 dem sie über Bürgerprojekte an regenerativen Projekten finanziell beteiligt werden. Wir
1699 unterstützen Dortmunder Banken dabei, Bürgeranleihen zur Finanzierung von Projekten auf
1700 dem Sektor der erneuerbaren Energien an den Markt zu bringen.
- 1701** Innovationen im Bereich der Energiewende sind Ergebnis von Forschung und Entwicklung.
1702 Mit der Technischen Universität, Fachhochschule und diversen Forschungseinrichtungen
1703 von nationaler Bedeutung, verfügt Dortmund über gute Ressourcen diese Innovationen zu
1704 entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, die Forschung im Bereich der Umsetzung der Ener-
1705 giewende bestmöglich zu unterstützen. Wir wollen, dass Dortmund im Bereich der E-
1706 Mobilität einen Vorbildcharakter einnimmt. Zu diesem Zweck setzen wir uns für den be-
1707 darfsgerechten Ausbau von Ladesäulen ein und möchten uns verstärkt intelligenten Mobili-
1708 tätskonzepten widmen. Vor diesem Hintergrund können Carsharing und der nachfrageori-
1709 entierte Ausbau des innerörtlichen Radverkehrswegenetzes einen Beitrag zum Umwelt-
1710 schutz in unserer Stadt leisten.
- 1711**

1712 **Dortmund – eine sichere und saubere Stadt!**

1713 Einwohner und Gäste unserer Stadt sollen sich in Dortmund „sicher“ wohlfühlen. Ganz we-
1714 sentlich für die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt, für das Wohlfühl der
1715 Menschen, ist der gewährleistete Grad von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im öffentli-
1716 chen Raum, auf den Straßen und Plätzen Dortmunds, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei
1717 Nacht.

1718 Für ein sicheres und sauberes Dortmund ist das Zusammenwirken von Polizei, Stadtverwal-
1719 tung, Politik, Wirtschaft, gesellschaftlichen Organisationen und nicht zuletzt aller Bürgerin-
1720 nen und Bürger unabdingbare Voraussetzung. Wir wollen, dass die Menschen in Dortmund
1721 ein sicheres und angstfreies Leben führen können. In Dortmund darf es keine Bereiche ge-
1722 ben, die die Menschen allein aus der puren Sorge um ihre Sicherheit meiden. Auf Initiative
1723 der CDU sind in den letzten Jahren Verstöße wie Urinieren in der Öffentlichkeit, Wegwer-
1724 fen von Müll, aggressives Betteln und der übermäßige Genuss von Alkohol in städtischen
1725 Parks und Anlagen konsequent verboten worden.

1726 ▪ **Kein Platz für Angsträume**

1727 In Dortmund darf es keine Ortsteile oder Straßenzüge geben, die die Menschen aus
1728 Sorge um ihre Sicherheit nicht mehr betreten. Die CDU fordert eine sichtbare Präsenz
1729 von Polizei und Ordnungskräften in der gesamten Stadt.

1730

1731 ▪ **Keine Straßenprostitution**

1732 Die CDU lehnt die Einrichtung eines Straßenstriches zur Ausübung der Prostitution ab.
1733 Ggf. muss eine neue Sperrbezirksverordnung erlassen werden. Sollte ein Verbot aus
1734 rechtlichen Gründen nicht möglich sein, wird die Ordnungsverwaltung aufgefordert,
1735 durch Ausnutzung des ordnungsrechtlichen Handlungsinstrumentariums für ein
1736 Höchstmaß an staatlicher Kontrolle zu sorgen.

1737

1738 ▪ **Überblick schafft Sicherheit**

1739 Die CDU fordert die Erstellung eines „Sicherheitslagebildes“. Dieses soll den
1740 zuständigen politischen Gremien und der Verwaltung als Grundlage für Maßnahmen
1741 zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung zur Verfügung stehen.

1742

1743 ▪ Ortssatzung konsequent durchsetzen

1744 Die Einrichtung der Ordnungspartnerschaften zwischen der Polizei und dem
1745 Ordnungsamt der Stadt hat sich bewährt. Die eingesetzten Mitarbeiter leisten gute Ar-
1746 beit. Die CDU möchte den Personaleinsatz kontinuierlich weiter ausbauen. Ziel ist die
1747 Gewährleistung eines 24-Stunden Dienstes. Dies soll nicht nur für die Kernbereiche der
1748 City gelten. Gerade in den Stadtbezirken ist eine Verstärkung der sichtbaren Präsenz
1749 von Ordnungskräften notwendig. Mittelfristig ist das Ziel eine Personalstärke von zehn
1750 Mitarbeitern pro Stadtbezirk anzustreben. Das Land NRW ist aufgefordert, seinen Bei-
1751 trag für die Sicherheit in Dortmund durch die Bereitstellung einer ausreichenden An-
1752 zahl von Polizisten zu leisten.

1753 ▪ Service- und Präsenzdienste stadtweit einsetzen

1754 Mit Unterstützung der CDU ist die Finanzierung von 80 Stellen im Bereich des Service-
1755 und Präsenzdienstes auch nach Auslaufen des Bundesprogramms „Bürgerarbeit“ bis in
1756 das Jahr 2016 gesichert. Die CDU will im Vorfeld konkreter ordnungsbehördlicher Maß-
1757 nahmen weiter Mitarbeiter von Service- und Präsenzdiensten stadtweit in öffentlichen
1758 Grün- und Erholungsanlagen, einschließlich der Friedhöfe einsetzen. Zu den bevorzug-
1759 ten Streifengebieten sollen aber auch Kinderspielplätze und Schulen bzw. das Schulum-
1760 feld gehören. Ziel der öffentlich wahrnehmbaren Präsenz ist die Stärkung des subjektivi-
1761 ven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Die Einsatzkräfte sind einerseits Ansprech-
1762 partner für die Bürger, andererseits auch Informationslieferant für die städtischen
1763 Dienststellen (z. B. Meldungen über „wilde“ Müllablagerungen). Eine einheitliche
1764 Dienstkleidung und gut erkennbare Dienstfahrzeuge verleihen den Service- und Prä-
1765 senzkräften die notwendige Autorität und machen sie so für jeden Bürger zu leicht
1766 identifizierbaren und kompetenten Ansprechpartnern.

1767 ▪ Videoüberwachung

1768 Die CDU fordert die Polizei auf, von der ihr eingeräumten Möglichkeit Gebrauch zum
1769 machen, die Videoüberwachung für öffentliche Gefahrenräume anzuordnen. Darüber
1770 hinaus fordert die CDU ein solches Recht zur Videoüberwachung für die Kommunen
1771 selbst. Insoweit muss der Landesgesetzgeber tätig werden.

1772 ▪ Jugendschutz ernst nehmen

1773 Die CDU will die offenen Drogenszenen mit allen gesetzlichen Möglichkeiten in Dort-
1774 mund verhindern und bekämpfen.

1775 Die CDU setzt sich dafür ein, Kioske und deren Umfeld verstärkt zu überwachen - ins-
1776 besondere mit dem Ziel, die Abgabe und Weitergabe alkoholischer Getränke an Kinder
1777 und Jugendliche unter 16 Jahren wirksam zu unterbinden und gegebenenfalls zu ahn-
1778 den.

1779 Der Landesgesetzgeber ist gefordert, eine Ermächtigungsgrundlage für kommunale Al-
1780 koholkonsumverbote im öffentlichen Raum zu schaffen.

1781

1782 ▪ **Katastrophenschutz**

1783 Schützen müssen wir uns vor veränderten Gefahren: Aufgrund des fortschreitenden
1784 Klimawandels ist auch bei uns verstärkt mit extremen Wetterlagen und Naturkatastro-
1785 phen zu rechnen. Effizienter Zivil- und Katastrophenschutz ist eine ständige Aufgabe
1786 kommunaler Sicherheitsvorsorge.

1787 Naturkatastrophen können auch in einer Großstadt wie Dortmund erhebliche Gefahren
1788 für die Gesundheit und das Leben von Bürgern heraufbeschwören. Neben der Beach-
1789 tung solcher Risiken im Bereich des Plan- und Baurechtes ist es notwendig, im Vorfeld
1790 solcher Extremsituationen Vorkehrungen zur Krisenbewältigung zu treffen. Deshalb
1791 unterstützt die CDU das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehr, des
1792 Technischen Hilfswerkes, der Hilfsorganisationen und der DLRG ausdrücklich. Dabei
1793 sind die Jugendorganisationen dieser Verbände von besonderer Bedeutung, auch um
1794 verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund für die ehrenamtliche Arbeit zu ge-
1795 winnen.

1796 ▪ **Dortmund tiptopp!**

1797 Die satzungsgemäß durchgeführte Reinigung reicht erfahrungsgemäß nicht aus, um ein
1798 sauberes Erscheinungsbild aller Ortsteile, Stadtbezirke und der Gesamtstadt zu ge-
1799 währleisten. Der Einsatz gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten soll sich auf die Reini-
1800 gung von Friedhöfen, städtischen Grünflächen und das Straßenbegleitgrün konzentrie-
1801 ren. Ergänzt werden soll dies durch die generelle Möglichkeit der Bürgerinnen und
1802 Bürger, offizielle Patenschaften für öffentliches Grün zu übernehmen. Das Bereithalten
1803 entsprechender Personalressourcen soll gewährleisten, dass Graffitischmierereien an
1804 öffentlichen Gebäuden zeitnah beseitigt werden — möglichst innerhalb von 24 Stun-
1805 den.

1806 ▪ Extremismus bekämpfen

1807 Wir stehen für eine offene, tolerante und vielfältige Bürgergesellschaft in Dortmund.
1808 Die CDU setzt deutliche Signale gegen Hasskriminalität, häusliche Gewalt, Mobbing,
1809 Gewalt im Namen der Ehre, Rassismus und jedwede politisch motivierte Gewalt, unab-
1810 hängig davon, ob sie aus dem Bereich des Islamismus, Rechts-, Links- oder Ausländer-
1811 extremismus stammt. Extremismus jeglicher Form hat in Dortmund keinen Platz. Prä-
1812 ventions- und Aufklärungsarbeit ist eine Daueraufgabe aller demokratischen Kräfte im
1813 Kampf gegen den Extremismus. Ein starkes Zeichen setzen die zahlreichen Bündnisse,
1814 Initiativen, Veranstaltungen und Maßnahmen. Das Netzwerk der gesellschaftlichen Ak-
1815 teure muss weiter gepflegt und ausgebaut werden.